

Die Bergbau-Industrie

Organ des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands

Bezugspreis durch Boten vierteljährl. 3 M., durch die Post 3,60 M. Einzelnummern 50 Pf. ♦ Anzeigenannahme: Interaten-Union, GmbH, Berlin SW. 68, Lindenstr. 3. ♦ Preis für die 25 mm breite Millimeterzeile 40 Pf. Plakavorkriften ausgeschlossen. ♦ Postfach-Konto Hannover Nr. 578 13. ♦ Giro-Konto: Bank der Arbeiter, Angestellten u. Beamten, Filiale Bochum, Wiltorsstr. 46. ♦ Tel.-Nr. 608 21. ♦ Telegr.-Adr.: Mittelverband Bochum.

Die Bedrohung der Demokratie.

Neue Gefahren für die Sozialpolitik.

Der Auszug der Nazis und der Deutschnationalen aus dem Reichstag hat diesen in die Lage versetzt, rasch und sachlich zu arbeiten. Die Etats des Auswärtigen Amtes, des Reichswirtschaftsministeriums und der Justiz wurden in wenigen Tagen in zweiter Lesung erledigt. Es fehlte dabei nicht an scharfen Auseinandersetzungen. Die Sozialdemokraten vertraten ihren von bürgerlichen Anschauungen abweichenden Standpunkt klar und deutlich, die Leute von der Deutschen Volkspartei und vom Landvolk machten aus ihrer reaktionären Bestimmung keinen Hehl und auch die Kommunisten verzichteten durchaus nicht auf starke Worte. Trotz alledem verließen die Verhandlungen in erträglicher Ruhe. 151 Abgeordnete waren getürmt, 426 blieben bei ihrer Arbeit. Von einem „Rumpfparlament“ zu sprechen, wie das dummerweise auch einige Arbeiterzeitungen getan haben, liegt also durchaus keine Veranlassung vor. **Ausgeschaltet haben sich nur die erklärten Feinde des Parlaments und der Republik von rechts!**

Ein wirklich halbwegs plausibler Grund für den Auszug der Nazis und der Hugenbergleute ist nicht zu erkennen. Daß der Beschluß zum Auszug aber nur ein Augenblicksentscheid war, ist nicht anzunehmen. Gut unterrichtete Kreise wollen wissen, daß die Aktion vorher zwischen Goebbels und Hugenberg verabredet war, wenn auch Hitler erst nachträglich seine Zustimmung gab. Hitler hat sich auch in diesem Falle erwiesen als der Mann, der wohl Trommler sein kann, aber kein Führer ist. Das Kräftigen der Nazis und der Hugenbergleute war erklärlich angesichts der außenpolitischen Debatte, bei der für sie nur Niederlagen in Aussicht standen. Angesichts der Notwendigkeit, den Reichshaushalt in Ordnung zu bringen, hierbei und bei anderen Gelegenheiten die Interessen der breiten Massen zu vertreten, erscheint das Ausknicken der Nazis als ein glatter Verrat an den Interessen der von ihnen angeblich vertretenen ärmeren Bevölkerungskreise!

Selbst Dst Hilfe und Wehretat sind nach neueren Erklärungen kein Anlaß zur Rückkehr für die Ausgerissenen. Die Nazis könnten im Kampf für die Sicherung der Sozialfürsorge den Arbeitervertretern helfen, sie ziehen es vor, diesen Kampf den Sozialdemokraten zu überlassen!

Die Großmäuligkeit der Nazis im Lande kann denkende Menschen über ihren Mißerfolg nicht hinwegtäuschen. Er muß unterstrichen werden durch die

regste Anteilnahme der Arbeitermassen am politischen Kampf draußen im Lande!

Wenn die Nazis glauben, durch ihren Appell an die Straße den Boden für einen Putzsch vorbereiten zu können, so werden die Ereignisse zeigen, daß auch diese Spekulation fehlschlägt. Nicht nur die freigerwerbschaftlichen und sozialdemokratischen Volksmassen sind auf jeden Kampf gegen solche Pläne eingestellt, auch Staats- und Reichsleitung, alle vernünftigen Teile des Bürgertums und des Unternehmertums wissen, daß nichts Deutschland sicherer in eine unübersehbare Katastrophe führen müßte als Bürgerkriegsunruhen!

Mit einer anderen Großmäuligkeit haben sich die Nazis außerdem schwer blamiert, mit der „Zuweisung“ ihrer Diäten an die Erwerbslosen. Die Dummheit, mit der dieses Manöver eingeleitet und weitergeführt wurde, spricht geradezu Bände. Der „Bölkische Beobachter“ schrieb marktschreierisch:

„Die Nationalsozialisten fordern die Ueberweisung ihrer Gelder an die Arbeitslosen. Unsere Immunität hat man uns genommen, unsere Diäten schenken wir den Arbeitslosen.“

Einen größeren Schwindel als diesen hat die Welt noch nicht gesehen! Er wird am besten beleuchtet durch den Abdruck eines Briefes, den der Reichstagspräsident an den Nazi-Abgeordneten Stöhr richtete. In ihm heißt es:

„Ihrem letzten Schreiben vom 13. Februar entnehme ich, daß bei Ihnen doch eine Reihe von Irrtümern entstanden sind, die ich mir besonders deshalb noch einmal aufzuklären erlaube, weil offenbar ein Teil Ihrer Fraktionsmitglieder die Zusammenhänge nicht ganz zu erkennen vermag.“

Am 10. Februar wurde mir der Antrag Dr. Frick, Stöhr und Genossen übergeben, in dem gefordert wird, daß „die durch den Verzicht der nationalen Opposition auf Teilnahme an den Parlamentsitzungen eingesparten Beträge (Aufwandsentschädigungen bzw. Diäten) restlos den Bedürftigsten unter den ausgesetzten Arbeitslosen zuzuführen sind.“

Auf meinen Hinweis, daß solche Diäten bzw. Aufwandsentschädigungen ja nicht eingespart worden sind, da Ihre Abgeordneten alle diese Diäten für den Monat bereits erhoben haben, schreiben Sie mir in einem Brief vom 12. Februar wörtlich:

„In unserem Antrag ist mit keinem Wort davon die Rede, daß unsere Abgeordneten auf die Aufwandsentschädigungen verzichten. Es wird vielmehr klar und deutlich davon gesprochen, daß es sich um einen Verzicht auf Teilnahme an den Parlamentsitzungen handelt. Die Tatsache, daß sich daraus gewisse Ersparnisse für die Finanzverwaltung des Reiches ergeben, kann nicht bestritten werden; ebensowenig unser Recht, zu beantragen, daß die in Frage kommenden Summen einem bestimmten Zweck zugeführt werden.“

Hier heben Sie also wieder hervor, daß die Abgeordneten auf ihre Aufwandsentschädigung nicht verzichten. Die Sachlage ist also folgende:

Für den Monat Februar sind alle Diäten von allen Abgeordneten erhoben und es ist davon, wie ich bereits bemerkte, kein Pfennig in der Reichstagskasse vorhanden. Für den März kündigten Sie im Brief vom 12. Februar an, daß Ihre Abgeordneten auf die Aufwandsentschädigung nicht verzichten. Es könnte sich also nur um Beträge handeln, die im März wegen der Fehltage nach dem Gehalt abgezogen werden müssen. Ueber diese Beträge aber haben Sie nicht zu verfügen, da sie, wie gesagt, den fehlenden Abgeordneten nicht gehören, sondern in der Reichstagskasse verbleiben, die ja an fehlende Abgeordnete keine Aufwandsentschädigung auszahlen darf. Mir ist also immer noch nicht klar, welche Beträge Sie im März für die Verwendung in Aussicht nehmen, falls Ihre Fraktion nicht in den Reichstag wiederkehrt. Im gegenwärtig laufenden Monat ist, wie Sie ja auch wissen, alles an Ihre Mitglieder ausgezahlt worden.

Sie haben an Ihr, wohl parteiamtlich gemeinte Beschwerde eine Reihe von privaten Mitteilungen geknüpft, für die Sie mit Recht ein gewisses Interesse bei mir voraussetzen konnten. So über die Zahl der von Ihnen geplanten Versammlungen, deren Inhalt usw. Ich danke für diese Freundlichkeit, die ich wohl auf unser langjähriges, meist ungetriebenes Zusammenwirken zurückführen darf. Allerdings sind Ihnen dabei einige nebensächliche Entgleisungen und Angriffe unterlaufen, auf die ich nicht im einzelnen eingehen möchte. Nur will ich den Irrtum korrigieren, als ob Ihr Antrag unter dem Gesichtspunkt agitatorischer Bedürfnisse meiner Partei behandelt worden wäre. Hier liegt eine Verwechslung vor. Ich mußte vielmehr die Arbeitslosen davor warnen, daß ihnen aus agitatorischen Gründen Beträge versprochen werden, auf die bis heute immer noch niemand verzichtet hat und die sie deshalb nicht bekommen könnten.

Mit der Veröffentlichung des Briefwechsels in den Zeitungen bin ich durchaus einverstanden und bitte freundlichst, diesen meinen letzten Brief dabei nicht zu vergessen, damit ich es nicht nachzuholen brauche.“

Eine Stärkung des Kampfes gegen das Parlament, die Demokratie, die Republik, ist die Unterfützung durch gewisse Unternehmerrreise, die in toller Verbildung glauben, eine zweite Lohnabbauwelle durchzuführen und zugleich auf sozialem Gebiet eine Menge Verschlechterungen durchsetzen zu können.

Diese Tatsache beleuchtet den Ernst der Lage, die sich jeden Tag zu einem entscheidenden Kampf zuspitzen kann!

Dringende Fragen harren der Erledigung. An der Tatsache, daß eine andere Arbeitszeitverteilung, Arbeitsstreckung, Arbeitszeitverkürzung notwendig ist, kommt heute kein Mensch mehr vorbei. Große Unternehmungen, wie die Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft und die IG. Farben beschäftigen sich ernstlich mit den Möglichkeiten einer Lösung dieser Frage. Was sie dabei für sich als tragbar halten, wie dabei die Arbeiterinteressen gewahrt bleiben sollen, ist noch nicht erkennbar. Auch für die Unternehmer gibt es auf diesem Gebiet Hemmnisse, stärker für verarbeitende als für Rohstoffindustrien. Eine weitere Lohnabbauwelle bringt die unmittelbare Gefahr einer weiteren Verschärfung der Krise durch weitere Verminderung der Kaufkraft. Ob der Vorschlag Brünnings, in freiwilliger Zusammenarbeit von Unternehmer- und Arbeitnehmerverbänden Wege

Hilfe für die notleidende Knappschafft.

Nicht allein die deutschen Knappschaffen, sondern auch die des Auslandes, mußten große Opfer des Krieges übernehmen, indem sie für die Invaliden-, Witwen- und Waisenspenden aufkommen mußten für Mitglieder, die entweder direkt durch den Krieg oder an dessen Folgen zu Tode kamen oder invalide wurden und der Knappschafft zur Last fielen. Auch wurde durch die Abtretung deutscher Gebiete an das Ausland die Zahl der Knappschafftmitglieder geringer, wogegen die Knappschafft für die Pensionsempfänger aus diesen Gebieten zum Teil eintreten mußte. Weiterhin wurde durch die Inflation das Vermögen der Knappschafft vernichtet. So stand bei seiner Gründung 1924 der Reichsknappschafftverein mit einer erheblichen Minderzahl von Mitgliedern bei größerer Ueberzahl von Invaliden, Witwen und Waisen, aber ohne nennenswertes Vermögen, da.

Das Absinken des Geldwertes bedingte dann auch, daß bei Gründung der Reichsknappschafft höhere Pensionen festgesetzt werden mußten als früher. Doch darf man behaupten, daß die Reichsknappschafft sich trotz alledem allein durchgezogen hätte, wenn nicht noch die Rationalisierung und der große Abbau der Bergarbeiter dazu gekommen wären. Dieses brachte es mit sich, daß am 1. November 1930 nur noch 580 000 Mitglieder vorhanden waren gegenüber 727 767 am 1. Januar 1924. Wir werden

der Abhilfe zu suchen, Erfolg haben wird, läßt sich heute noch nicht übersehen, ebensowenig, was bei den Arbeiten des Ausschusses für die Untersuchung der Arbeitslosigkeit herauskommt.

Über auch andere Gefahren drohen auf sozialpolitischem Gebiet. Der Landwirtschaft soll durch die „Dsthilfe“ Erleichterung gebracht werden, 950 Millionen Mark sollen dafür in wenigen Jahren aufgewandt werden. Für die Knappschafft hat der Reichsfinanzminister angeblich nur 40 bis 50 Millionen Mark übrig, während das Doppelte erforderlich ist, um sie vor dem Zusammenbruch zu bewahren. Die Invalidenversicherung kommt in Kürze in ähnliche Schwierigkeiten und auch die Arbeitslosenfürsorge soll auf neue Grundlagen gestellt werden. Auch gegen die Unfallversicherung stoßen die Unternehmer vor. Hier denkt man daran, zunächst kaufmännische und Verwaltungsbetriebe von der Unfallversicherungspflicht zu befreien. Auch die Ertrungenschaft, Unfälle auf dem Wege zur Arbeit und von der Arbeit zu entschädigen, möchte man abbauen. Die Unfallfürsorge möchte man möglichst auf die Schwerverbeschädigten beschränken. Weil die Renten unter 20 Proz. ein Drittel aller Renten ausmachen, möchte man sie beseitigen! Auch der Krankenversicherung möchte man zugunsten der Berufsgenossenschaften neue Lasten aufhalsen, indem man ihr die Fürsorge aus allen leichten Unfällen zuweist und den Berufsgenossenschaften nur die Belastung für schwere Unfälle läßt. Wie reimt es sich mit der „Arbeiterfreundlichkeit“ der Nazis zusammen, daß sie bei solchen Fragen, die entscheidend in den Vorberatungen beeinflusst werden, sich der Parlamentsarbeit entziehen?

Die Wahrscheinlichkeit, daß der Reichshaushaltset parlamentarisch notdürftig unter Dach und Fach gebracht wird, ist gewachsen. Die Deutsche Volkspartei, die absolut noch 300 Mill. im Etat sparen wollte, hat auf die direkte Durchführung verzichtet müssen. Durch das Verhalten der Nazis und der Deutschnationalen wurde die bürgerliche Rechtsmitte bis zum Landvolk automatisch mit Staatspartei, Zentrum und Sozialdemokraten zusammengebrängt und zusammengehalten, um die wichtigste Forderung des Tages, die Erledigung des Etats nicht zu gefährden. Diese Erledigung ist absolut notwendig, weil von ihr in- und ausländisches Vertrauen zur deutschen Wirtschaft und Finanzpolitik abhängt.

Die Deutsche Volkspartei soll mit einer Ausschaltung des Reichstages geliebäugelt haben, um wichtige Reformen auf sozialpolitischem Gebiet, vielleicht auch eine Änderung des Wahlrechts auf dem Wege der Notverordnung zu dekretieren. Auch diese Spekulation ist fehlschlagen. Brüning sprach aber in Münster aus, daß der Reichstag sich nach Verabschiedung des Etats freiwillig auf längere Zeit vertagen solle, um Zeit zu geben zur Vorbereitung notwendiger „Reformen“. Wenn diese „Reformen“ auf Grund von Regierungsvorlagen normal in den Ausschüssen des Reichstages beraten werden sollen, läßt sich nichts dagegen einwenden. Das wird aber der Volkspartei nicht passen, weil dann in solchen Fragen Kommunisten, Sozialdemokraten und Arbeitnehmervertreter aus kürzerlichen Parteien immer eine Mehrheit zugunsten der Erhaltung sozialpolitischer Bestimmungen gegen Verschlechterungen bilden könnten. Die Nazis konnten diese Mehrheit verstärken wenn sie es wollten, aber sie knieen!

Welchen Weg die Herren von der Deutschen Volkspartei, die Scharfmacher im Unternehmertum, suchen werden, um ihrem Ziele näher zu kommen, ob im geeigneten Augenblick Hugenberg und die Nazis wieder auftauchen, um solche Pläne zu fördern, kann man heute nicht wissen.

Nichts ist in dieser Zeit gewisser, als die Ungewissheit. Deshalb ist aber erhöhte Wachsamkeit der Arbeiterchaft und ihrer Vertreter notwendig, um auf jede Entwicklungsmöglichkeit gerüstet zu sein!

also bald so weit sein, daß auf zwei aktive Mitglieder eine Invalideneinheit fällt.

Das ist aber, wie schon gesagt, nicht allein so bei uns in Deutschland, sondern auch die Bruderlade der Tschechoslowakei hat unter den obenerwähnten Verhältnissen zu leiden. So protestierten schon am 24. März 1927 mehr als 100 000 tschechoslowakische Bergarbeiter in einer machtvollen Demonstration mit Arbeitsruhe gegen die geplante Verschlechterung der Bergarbeiterversicherung. Sie wandten sich gegen die Pläne der Regierung, die selbständige Bergarbeiterversicherung aufzuheben. Es war nämlich in der Tschechoslowakei beabsichtigt, die Bruderladenversicherung, d. h. die Knappschafftversicherung, aufzuheben und die Bergarbeiter mit ihrer Sonderversicherung an die allgemeine Sozialversicherung anzugliedern. Den tschechoslowakischen Bergarbeitern gelang es auch, diesen Plan zu verhindern, so daß heute in der Tschechoslowakei die Bruderladenversicherung noch besteht und die fehlenden Mittel zur Zahlung der Pension für Invaliden und Waisen durch den Staat vorgeziffen werden.

In Deutschland stehen wir nun vor der Frage: Was soll mit der Reichsknappschafft werden? Nachdem erst kürzlich eine Kürzung der Pensionsbezüge um ungefähr 15 Millionen Mark jährlich von der Hauptversammlung beschlossen wurde, um die Fi-

nanzlage zu bessern, ist doch keine Aussicht vorhanden, daß sich die Reichs-Knappschafft mit eigenen Mitteln erhalten kann.

Und schon wird wieder von verschiedenen Seiten auf weiteren Abbau der Pensionen gedrängt, obwohl heute die Bergarbeiterpensionen nicht höher sind als die Wohlfahrtsunterstützungen.

Böses Murren geht durch die Reihen der Bergarbeiterschaft; man glaubt, daß die Regierung nicht helfen wolle. Sie, die riesige Mittel bereitzustellen bereit ist für die Osthilfe, hat, wie es scheint, nur geringe Mittel übrig für die Bergarbeiterschaft. Nach Grubenunglücken wird der Heldennut der Bergarbeiter in den Himmel gehoben, und man verspricht ihnen, ihre Opfer nie zu vergessen. Doch kaum sind einige Monate ins Land gegangen, so wird versucht, ihnen das Geringe, das sie vor anderen Arbeitern voraus haben, d. h. ihre Pension bei Alter und Berufsunfähigkeit, zu schmälern.

Täusche man sich nicht: die Bergarbeiter werden sich ihre Pensionsversicherung nicht weiter schmälern lassen oder gar damit zufrieden sein, daß sie nur als Zuschußkasse zur Invalidenversicherung weiter bestehen soll.

Käme dann letztere auch einmal in Notlage, so wäre es nämlich mit der Knappschafftsversicherung ganz vorbei!

Von verschiedenen Seiten ertönt schon gar der Ruf nach Beseitigung der Sozialversicherung überhaupt. Die Beiträge zu dieser, so heißt es, gestatteten es nicht, die Konkurrenz mit dem Ausland aufzunehmen, weshalb sie verschwinden müßte.

Die Herren haben, so scheint es, die Zeiten vergessen, in denen es auf die Bergarbeiter ankam, das Reich zu retten. Wer erinnert sich nicht an jene Zeiten, in denen die von der Regierung entsandten Vertreter in das Ruhrgebiet und andere Kohlengebiete kamen und die Bergarbeiter baten, doch wieder mehr Kohle zu fördern, da sie die einzigen seien, welche das Deutsche Reich vor dem Untergang retten könnten. Die deutschen Bergarbeiter haben damals, zur Zeit der Inflation, bei miserablen Löhnen und gegen Bezahlung mit Inflationsgeld Kohle über Kohle gefördert, ihr Leben in den Gruben riskiert für den Profit jener Herren, die heute darauf dringen, daß die Pensionsversicherung abgebaut werden oder ganz verschwinden müsse.

Der Regierung aber müssen jene Zeiten in Erinnerung gebracht werden, auf daß sie auch bereit ist, Opfer zu bringen für jene, die schon immer Opfer gebracht haben.

Sollte die Regierung durchaus nicht in der Lage sein, die nötigen Mittel zur Sanierung der Reichs-Knappschafft bereitzustellen, was wir aber nicht glauben,

so bleibt nur noch der einzige Weg, die Pensionsfehlbeträge auf die Tonne der geförderten Produkte umzulegen.

Die Handarbeit wird immer mehr durch Maschinenarbeit im Bergbau verdrängt. Immer weniger Versicherte gibt es, denen immer mehr Invaliden, Witwen und Waisen gegenüberstehen.

Die Zechenbesitzer werden zwar sagen: eine solche Belastung können wir nicht tragen. Wir verweisen hierzu auf das Buch von Ernst Jüngst, „Wirtschaftsfragen des Ruhrbergbaues“, erschienen im Jahre 1929. Auf Seite 91 dieses Buches wird darauf hingewiesen, daß andere Länder in scharfem Wettbewerb mit Deutschland stehen. Zu nennen sind England, Polen, Holland, Belgien und Frankreich. Auf Seite 94, unter Zahlentafel 50, Gesamtselbstkosten im Steinkohlenbergbau je Tonne abfahrbare Förderung, steht unter Belgien, daß dieses 1,21 M. mehr an Gesamtselbstkosten hat als das Ruhrgebiet. Wir glauben, daß auch die Schlote der belgischen Zechenbesitzer nicht ohne Profit rauchen, obwohl die Gesamtselbstkosten 1,21 M. mehr betragen als im Ruhrgebiet. Für 1,21 M. pro Tonne könnten aber die Beiträge für die Pensionskasse der Arbeiter aufgebracht werden.

Während die bergmännische Belegschaft im Ruhrbezirk im Jahre 1913 einen Förderanteil von 943 Kg. je verahrene Schicht hatte, betrug dieser Anteil im Oktober 1930 1402 Kg. In Oberschlesien stieg der Förderanteil von 1139 Kg. im Jahre 1913 auf 1526 Kg. im Oktober 1930. Der Förderanteil betrug für die Untertagearbeiter im Ruhrbezirk im Jahre 1913 1161 Kg., während er im Oktober 1930 1746 Kg. betrug. In Oberschlesien stieg der Förderanteil der Untertagearbeiter von 1636 Kg. im Jahre 1913 auf 2008 Kg. im Oktober 1930.

Gespräch über Nationalsozialismus zwischen Peter Zimmer und Gottfried Feder.

V. (Nachdruck, auch auszugsweise, verboten.)
„Ich werde an Ihren Kar denken, möchte aber bitten, die von Ihnen behauptete Schwierigkeit in etwa aufzuzeigen.“
„Nun, dann denken Sie einmal an den Sinn des privatkapitalistischen Wirtschaftens, Herr Feder.“
„Wir haben diesen ja schon einmal definiert: beste Kapitalverwertung.“
„Richtig. Wir wollen das jetzt einmal etwas umschreiben und sagen: einen möglichst hohen Prozentsatz am Gewinn erzielen.“
„Wir werden dieses Wirtschaftsprinzip im „Dritten Reich“ natürlich etwas korrigieren.“
„Und wie?“
„Wir werden dem Kapitalisten einen bestimmten Prozentsatz zubilligen, aber jeden übermäßigen Gewinn zu Gemeinnutzen beanspruchen.“
„Sie wollen doch das Privateigentum in der Wirtschaft nicht antasten lassen!“
„Gewiß nicht.“
„Sie wollen sogar die wenigen Rechte, die sich das Volk heute schon erkämpft hat, im Privatkapitalismus noch beseitigen!“
„Auch das.“
„Wie wollen Sie denn da überhaupt Kontrolle üben, ob übermäßige Gewinne im Kapitalismus erzielt werden?“
„Wir werden die schon Wege finden auf Grund unserer tatsächlichen Diktaturmacht.“
„Mit solch verschwommenen Phrasen können wir uns hier nicht helfen. Also vorerst bleibt es so, daß das Wirtschaftsprinzip des Privatkapitalismus ist: möglichst hohen Prozentsatz an Gewinn erzielen. Das müßte ja übrigens auch so bleiben, selbst wenn Sie hier mit Ihrer Korrektur ansetzen könnten, denn wenn Sie die soziale Frage lösen wollen durch Ausbarmachung der übermäßigen Gewinne zu Gemeinnutzen, dann müssen ja zuerst übermäßige Gewinne erwirtschaftet werden.“
„Das allerdings.“
„Na also; aber wie geht das nun vor sich, um möglichst hohe Gewinne zu erzielen?“
„Das hängt eben von der Initiative des Unternehmers ab und von seiner Qualifikation.“
„Zum Teil ja; aber in der Hauptsache davon, daß sein Geschäft, sein Unternehmen, auch floriert.“
„Das ist das selbe.“

Im Jahre 1913 waren 264 Abbauhämmer in den Gruben des Ruhrbezirks vorhanden, während im Jahre 1927 ihre Zahl schon auf 70 145 gestiegen war. Die Anzahl der Bohrhämmer betrug 1913 erst 12 317, im Jahre 1927 aber 39 779. Die Menschenkraft wird durch Maschinen im Bergbau verdrängt, während die Anzahl der Pensionsempfänger immer mehr steigt.

Ist es da ein Wunder, daß die Lage der Reichs-Knappschafft immer trostloser wird?

Es muß alles versucht werden, um sie zu sanieren.

Die Zechenbesitzer haben schon immer die Beiträge der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer zur sozialen Versicherung auf die Tonnenförderung berechnet. So betrogen diese im Ruhr-

gebiet im Jahre 1928 zur Pensionskasse der Arbeiter 1,01 M. pro Tonne. Die maßgebenden Kreise müssen nun schleunigst Stellung dazu nehmen, ob die Beiträge auf die Tonnenförderung der Produktion umgelegt werden sollen, oder ob die Regierung einen Zuschuß alljährlich leistet in einer Höhe, daß der Bestand der Reichs-Knappschafft gesichert ist.

Es darf hier kein langes Warten mehr geben!

Lasse man es nicht darauf ankommen, daß die Reichs-Knappschafft wegen Mangel an Geldmitteln nicht mehr zur Zahlung der Pensionen fähig ist, denn schon glimmt es in den Bergbaugebieten. Lasse man dieses Glimmen nicht zur Flamme werden, denn sie könnte diejenigen mit verschlingen, die Abbau der Knappschafftsleistungen verlangen!

Die arme Wirtschaft!

Unsere Auffassung, daß der Ruhrbergbau die Kohlenpreise senken konnte ohne Lohnabbau, erfährt eine interessante Bestätigung durch eine Polemik des bekannten Zentrumsmannes Pater Muckermann, die dieser in der „Eisener Volkszeitung“ gegen „Spitama“ von der „D. Bergwerks-Zeitung“ führte. Muckermann schrieb u. a.:

„Es geht um zwei Behauptungen, die ich beiläufig in einem Artikel gegen den Nationalsozialismus gemacht hatte. Erstens hatte ich geschrieben, die Herren, die bei Kohle und Eisen saßen, müßten mit ihren Preisen herunter. „Spitama“ meint, ich hätte meine totale Unwissenheit in wirtschaftlichen Dingen bewiesen, da ich nicht wüßte, daß ja gerade diese Preise bereits unter staatlicher Kontrolle ständen. Wie weiß „Spitama“, daß ich das nicht weiß? Etwas werden die kontrollierten Herren doch noch zu sagen haben. Lassen wir aber diese Wortklauber beiseite, so hatte ich doch unbedingt darin recht, daß man alles tun müsse, um jene Preise herunterzudrücken. Vielleicht ist Herrn „Spitama“ der Aufsatz bekannt, der am 20. September in der „Westdeutschen Arbeiter-Zeitung“ gestanden hat. Es geht dort um Lohnstreitigkeiten im Bergbau, und es schließt der sehr sachkundige Verfasser seine Ausführungen mit dem Satz: „Der gegenwärtige Durchschnittsgewinn von 2,50 Mark pro Tonne läßt den Zechen für eine gewaltige Kohlenpreis-entwertung aus eigenen Mitteln genügenden Spielraum.“ Genau das hatte mir, bevor ich jene Bemerkung niederschrieb, ein Industrieller gesagt, der in den Verhandlungen über die Kohlenpreise teilgenommen hatte. Er fügte hinzu, daß man dergleichen natürlich in der „D. Bergw.-Ztg.“ nicht sagen dürfe, und es wüßten auch viele Direktoren in den Zechen es nicht besser, wie denn überhaupt von der wirtschaftlichen Intelligenz von Herren nicht sonderlich viel zu halten sei, die sich eine Stunde lang die Wirtschaftshypothesen eines Herrn Hiller andächtig angehört hätten. Vielleicht ist Herrn „Spitama“ auch der Artikel zur Kenntnis gekommen, der erst jetzt als Nachwort zum Lohnstreit im „Deutschen“ erschienen ist (20. Januar, Nr. 16). Es wird dort auf Grund des Studiums gewisser Bilanzen und Gewinn- und Verlustrechnungen die „Rentabilität des Ruhrbergbaues“ untersucht. Die offenbar von sehr unidiger Hand zusammengestellten Berechnungen ergeben ein so günstiges Bild, daß man sich im Interesse des Vaterlandes nur freuen kann, daß es um die Zechenherren so gut bestellt ist. Natürlich wird jemand in der „D. Bergw.-Ztg.“ wahrscheinlich schon bewiesen haben, daß diese Bilanzen nicht stimmen oder so... Es gibt ja auch verschiedene Arten, eine Bilanz aufzustellen. Lassen wir das. Ich wehre mich hier nur. Ich greife nicht an und wenn ich beim Lesen der letzten Bilanz der Kruppwerke habe schmunzeln müssen, so war es gewiß nur das Schmunzeln eines Mönches von Heisterbach.“

Wie im Bergbau, so geht es in einer Menge anderer Industrien. Trotzdem die Unternehmer die Folgen ihrer Rationalisierungsünden zu tragen — pardon! — abzuwälzen haben, trotzdem sie Milliarden unnötigen Kapitals mitschleppen, geht es ihnen noch nicht schlecht, wie folgende Beispiele zeigen:

8 Prozent Lohnabbau. — 14 Prozent Dividende.

Der Siemenskonzern zahlte ab Februar 8 Prozent Lohn weniger, weil er sonst, wie es im Herbst hieß, „zusammen-

brechen“ müsse. Jetzt zeigt der Geschäftsbericht für das letzte Jahr: Gleichbleibender Umsatz bei Siemens-Halske, 500 statt 550 Mill. M. Umsatz bei Siemens-Schuckert. Belegschaftsabbau von 137 000 auf 113 000, in den deutschen Betrieben von 100 300 auf 81 000. 1924-25 wurden bei einem Umsatz von 500 Mill. M. 112 000 Menschen beschäftigt, 1929-30 bei einem Umsatz von 800 Mill. M. nur 113 000! Stille Reserven wurden im großen Umfang gebildet, der riesige Maschinenpark usw. steht mit 1 M. zu Buch, 16 Mill. M. wurden im Betrieb in Neuananschaffungen gesteckt.

14 Prozent Dividende! — 8 Prozent Lohnabbau! 40 Prozent höherer Reingewinn!

Der Reiß-Ston-Konzern, das führende Werk der optischen Industrie, erhöhte im letzten Jahre den Betriebsüberschuß von 7,4 auf 8,8 Mill. M., erhöhte die Abschreibungen beträchtlich, den Reingewinn um 40 Prozent auf 1,4 Mill. M., die Dividende von 6 auf 7,5 Prozent. Die offenen Reserven betragen 3,5 Mill. M., das sind 24 Prozent des Aktienkapitals. Eine halbe Million wurde „über Betrieb“ neu in die Anlagen gesteckt, Maschinen, Einrichtungen, Werkzeuge im Millionenwert erscheinen mit je 1 M. in der Bilanz!

Wie strupellos sich Profitgier auswirkt, zeigt der Fall vom Landesverrat um Lohnabbau.

den sich die Hamburger Reederei Wogemann leistete. Sie stellte ihre zwei Frachtschiffe unter fremder Flagge, unter die von Panama, weil sie so mit diesen Schiffen nicht mehr an deutsche Gesetze, deutsche Steuern und Sozialabgaben gebunden ist. Die Firma stellt ihren Leuten frei, zu einer um 25 Prozent geringeren Steuer an Bord der Panamaschiffe zu bleiben, sie spart außerdem an Steuern und Sozialbeiträgen, so daß die Gesamterparnis 43 Prozent ausmacht. Dafür ist die Mannschaft rechtslos, da Panama keinen Tarif und keine Seemannsordnung kennt.

Gibt es gegen solchen landesverräterischen Standal keine gesetzliche Abwehr?

Lohnsenkung ja — Preisentwertung nein!

Ein deutscher Textilindustrieller hat, wie dieser dem „Vorwärts“ mitteilte, sieben seiner Lieferanten ersucht, die Preise für noch laufende Lieferungen herabzusetzen, nachdem bei den Lieferwerken eine Lohnsenkung um 6 Prozent eingetreten sei. Sämtliche Lieferwerke, und zwar ohne Ausnahme, haben erklärt, daß sie die Preise trotz der Lohnsenkung nicht herabsetzen könnten. Teilweise würde die Preisentwertung ausdrücklich mit der Feststellung abgelehnt, daß die Löhne bei den Gestehungskosten keine große Rolle spielen.

Die Behauptung der Unternehmer ist nicht ganz unrichtig. Der Lohnanteil in der Textilindustrie beträgt im Durchschnitt 17 Prozent, also ein Sechstel der Selbstkosten. Die Unternehmer könnten also bei 6 Prozent Lohnsenkung die Preise nur um ein Prozent senken, was aber nicht einmal geschieht.

Welcher Unsinn ist dann aber die Lohnsenkung, die für die Arbeiter wesentlich ins Gewicht fällt, die Kaufkraft mindert und die Krise verschärft!

„Subjektiv gesehen, ja; aber wie geht der Entwicklungsprozess selbst vor sich? Privatkapitalistische Wirtschaft ist ja gleichzeitig Konkurrenzwirtschaft, nicht wahr? Also jetzt ist die Wirtschaft nach Ihrer Auffassung frei und der tüchtige freie Unternehmer wird nun die Wirtschaft hochbringen. Das ist natürlich nur möglich über die Stärkung seiner Konkurrenzfähigkeit. Von der Konkurrenzfähigkeit hängt es ab, ob er mehr Waren in Umlauf bringen kann. Dadurch erst kann er einmal mehr Geld verdienen, zum andern mehr Waren produzieren, also neue Arbeitsmöglichkeiten schaffen usw., also den berühmten Kreislauf des Aufstieges herstellen.“
„Sie zeigen das alles sehr richtig. Aber warum wollen Sie nun die Richtigkeit dieser Theorie in der Praxis abstreiten?“
„Das will ich Ihnen ja erklären.“
„Ich bin neugierig.“
„Das verwundert mich eigentlich, denn wenn Sie auch nur ein klein wenig in der sozialistischen und gewerkschaftlichen Literatur bewandert wären, dann müßten Sie darüber längst aufgeklärt sein. Aber nun eine Frage: Worin besteht eigentlich Konkurrenzfähigkeit?“
„Konkurrenzfähigkeit heißt: im Preiskampfe nicht unterliegen.“
„Richtig! Konkurrenzkampf in der Wirtschaft ist nichts anderes als Preiskampf, also Kampf um billigen Warenverkauf. Aber was heißt das weiter?“
„Ich weiß nicht, wo Sie hinaus wollen.“
„Nun, dann gebe ich selbst die Antwort. Das heißt weiter: Kampf um billigste Warenproduktion!“
„Na ja, hier hat sich nun die Tüchtigkeit des Unternehmers zu bewiesen.“
„Sie geben also zu, daß inwieweit alles richtig ist, und daß nun hier das freie Wirken des Unternehmers einzusetzen hat?“
„Aber natürlich.“
„Und daß ein anderer Weg zum privatkapitalistischen Aufstieg im Kampfe irreier Unternehmer nicht möglich ist?“
„Auch das.“
„Dann haben Sie damit gleichzeitig die Unvermeidbarkeit des Klassenkampfes im Privatkapitalismus bestätigt.“
„Sie machen Späße.“
„Warten wir ab. Also wir sind dort, wo der Kampf um billigste Warenproduktion einsetzt. Wie wird die Verbilligung nur ermöglicht?“
„Durch Senkung der Selbstkosten.“
„Richtig, Herr Feder, und Senkung der Selbstkosten bedeutet

immer Senkung der Kaufkraft und fast immer Senkung des Arbeitseinkommens, also auch Senkung der Kaufkraft.“
„Das ist mir nicht ganz verständlich, Herr Zimmer.“
„Wie fast alles auf wirtschaftlichem Gebiete Ihnen etwas unverständlich zu sein scheint. Aber passen Sie einmal auf. Senkung der Selbstkosten heißt: Für die gleiche Warenmenge, die ein Unternehmen produziert, weniger Geld im Betrieb aufwenden müssen als vorher. Denken Sie jetzt einmal, die ganze Volkswirtschaft wäre ein einziges Unternehmen, in dem alle Volksgenossen beschäftigt sind. Was jetzt dieser Betrieb an Selbstkosten einspart, also an Ausgaben, das bekommt dann die im Betrieb beschäftigte Volksgesamtheit weniger. Sie kann aber auch dann um diesen Betrag, den sie weniger bekommt, weniger kaufen. Wenn jetzt der Betrieb seine Preise um den Betrag heruntersetzt, den er an Selbstkosten eingespart hat, dann ändert sich an sich nur das eine, daß sowohl das Preisniveau als auch das Lohnniveau gesunken ist, aber keine Steigerung der Wirtschaftstätigkeit und keine Steigerung des Gewinnes möglich ist. Geben Sie das zu, Herr Feder?“
„Soweit Ihr Beispiel in Frage kommt, gewiß; aber die Wirtschaft besteht doch nicht aus einem Betriebe.“
„Trotzdem bedeutet Senkung der Selbstkosten im einzelnen Betriebe Senkung der Kaufkraft für die ganze Volkswirtschaft.“
„Wieso?“
„Nun, gehen wir zum besseren Verständnis einmal die Möglichkeiten der Selbstkostenentwertung durch. Sie kann erreicht werden, einmal über direkte Lohnsenkung, wobei wir alle Leistungen zugunsten der Arbeiter als Lohn zählen, dann über den Weg der Rationalisierung, um einen Teil der Arbeiter, das heißt des Lohnes, den sie erhalten, einzusparen, und drittens über billigeren Rohstoffbezug, was aber auch nur möglich ist, wenn eine entsprechende Selbstkostenentwertung, also Arbeitskostenentwertung, beim Rohstofflieferanten eine Verbilligung der Rohstoffe ermöglicht. Wie Sie sich auch hier drehen, jegliches Einsparen an Selbstkosten erweist sich in seiner letzten Wirkung als Senkung der Kaufkraft, weil die ersparten Selbstkosten eben Gelder sind, die der Unternehmer gegen früher weniger in die Wirtschaft hineinsteckt, obwohl er dasselbe oder gar noch mehr, heraus-holen will.“
„Dann hätte ja nach Ihrer Theorie diese ganze Wirtschaftspolitik überhaupt keinen Vorteil. Aber die Praxis beweist doch das Gegenteil.“
„Sehr richtig ist das letztere. Aber das gilt bezüglich Rentabilität nur vom Einzelbetrieb aus gesehen. Wenn nämlich nur

Der Fluch der Arbeitslosigkeit.

II.

Das Ernährung und Kleidung am ersten unter der Arbeitslosigkeit leiden, liegt auf der Hand. Im Gutachten von Professor Dr. Noeggerath (Universitäts-Kinderklinik Freiburg) liest man darüber:

„Fleisch wird in zunehmendem Maße nur noch in Form sehr minderwertiger Würste gekauft.“ Milch ist reichlich vorhanden, aber das Kleinkind leidet. Magermilch wird verwandt, Butter verkauft, „somit dürfte eine Fettunterernährung in solchen Fällen sich einstellen.“ Obst ist teuer und schlecht. Gemüse ist nicht knapp, wird aber zuviel verkauft, um Geld für Kleidung, Steuern usw. zu erhalten. Kartoffeln sind sehr reichlich vorhanden, Brot ist aber teuer und sogar bei den Selbstverforgern auf dem Lande infolge von Fehlernten knapp. Es kann daher vielfach nicht in der notwendigen Menge genossen werden.

Bei Professor Dr. Friedberger lesen wir, daß vorbeugende Maßnahmen gegen Seuchen und Krankheiten wirkungslos bleiben, „wenn infolge Arbeitslosigkeit die ausreichende und zweckmäßige Ernährung großer Massen der Bevölkerung unmöglich gemacht ist.“ Es sei zu fürchten, daß solche Seuchen, „wenn sie auf eine durch Unterernährung größtenteils ausgemergelte, wenig widerstandsfähige Bevölkerung treffen, dann um so fürchterlichere Verheerungen anrichten können... Für die Arbeitslosen sollte eine zweckentsprechende Massenernährung belagert organisiert werden, da ihre Unterstellungen ja doch nun einmal zu einer genügenden rationellen Einzelbereitung der Nahrung nicht ausreichen.“

Die Rückwirkung auf Kleidung und Wohnung wird von Professor Dr. Max Berliner beurteilt: „Der Arbeitslose selbst ist gezwungen, die ihm noch verbliebenen Mittel für die notwendigsten Bedürfnisse der Ernährung bereitzubehalten. In dieser Zeit ist aber in Bezug auf Wohnungshygiene und Kleidung sehr viel vernachlässigt worden... Durch das Erlahmen der Widerstandsfähigkeit des einzelnen wird die Ausbreitung von Volksseuchen begünstigt, sei es chronisch verlaufender Krankheiten, wie die Tuberkulose, sei es akuter Epidemien.“

Auf Schwangerschaft, Geburt, Wochenbett, auf das Schicksal der Neugeborenen muß sich selbstverständlich die Arbeitslosennotlage auswirken. Professor Dr. Max Hirsch weist in seinem Gutachten besonders darauf hin, wobei er betont, daß nicht nur die Schichten der Arbeitslosen, sondern auch Schichten des Mittelstandes und der freien Berufe infolge des Einkommensrückganges von ähnlichen Gefahren bedroht sind. Die Tuberkulosebekämpfung hat in Deutschland großen Erfolg gehabt, seitdem man nicht nur die Tuberkeln bekämpft, sondern die Tuberkulose als soziale Volkskrankheit ansieht. Im Jahre 1876 starben von je 10 000 Personen in Deutschland 32, im Jahre 1895 noch 24, im Jahre 1913 noch 14,3 an Tuberkulose. 1919 waren es 21,1, 1921: 13,1, 1924: 12, 1928: 7,3 und 1929: 8,4. Mit Recht bemerkt Dr. Gettkant zu dieser Frage:

„Hier steht zu befürchten, daß die jetzt in Deutschland herrschende Arbeitslosigkeit unseren Hoffnungen und Zielen Schranken setzen wird... Arbeitslosigkeit ist Ursache eines volksgesundheitlichen Rückganges, bedeutet mangelhafte Ernährung, unhygienische Wohnverhältnisse, unzureichende Kleidung und psychische Depression... Nicht selten erleben wir es, daß Tuberkulose, bei denen wir eine Heilfaktorenkur für dringend erforderlich halten, auf eine solche verzichten mit der Begründung, daß sie ihre Arbeitsstelle verlieren, wenn sie jetzt einer Verhinderung zustimmen.“

Die Minderbelegung der Krankenhäuser, das Verfehlen zahlreicher Betten hat verschiedene Gründe. Dr. Koraich (Berlin) sagt aber wohl mit Recht: „In der Hauptsache ist die Unterbelegung von Krankenhäusern aber auf die Arbeitslosigkeit und deren Begleiterscheinungen zurückzuführen. Der

Rückgang... zeigte sich schon vor der ersten Notverordnung in beträchtlichem Umfang, er hat sich seither noch weiter verstärkt.“

Die Sterblichkeit der Arbeitslosen ist nach Dr. Brauer, Direktor des Allgemeinen Krankenhauses Hamburg-Eppendorf, größer als die der Arbeitenden.

Die Wirkung der Arbeitslosigkeit auf Säuglinge und Kinder wird in vielen der vorliegenden Gutachten besprochen. Vielfach wird die besondere Gemeindefürsorge für Säuglinge betont, so besonders aus Berlin. Und doch sagt hierzu der Kinderfacharzt Wittenwieser (Berlin):

„Die erwerbslosen Eltern sind vielfach nicht in der Lage, ihren Kindern, besonders den Säuglingen, die nicht gestillt werden können, ausreichend Nahrung und Kleidung zu verschaffen. Sie sträuben sich daher auch vielfach, die geheilten Säuglinge aus dem Krankenhaus herauszunehmen. Sehr häufig kamen dieselben Säuglinge innerhalb weniger Wochen zum zweiten und dritten Male zur Aufnahme ins Krankenhaus, da zu Hause wegen ungenügender Pflege ein Rückfall des Leidens eingetreten war.“

Rachitis (englische Krankheit), Furunkulose (Geschwüre) häuften sich nach Wittenwieser bei den Kindern. Er stellte weiter fest, „daß die Eltern, die durch die lange Erwerbslosigkeit deprimiert und zermürbt sind, sich der seelischen und körperlichen Belastung der Pflege eines kranken, unruhigen und schreienden Kindes nicht gewachsen fühlen.“

Nach Wittenwiesers Aufzeichnungen trat bei Kindern aus kinderreichen Familien nach wiederholter Erwerbslosigkeit bei früher gut gedeihenden Kindern eine auffallende Verlangsamung der Gewichtszunahme ein: „Selbst an trockenem Brot muß in solchen Familien sehr gespart werden... Außer geringen Milchmengen, die sie durch die Fürsorge er-

halten, ernähren sich die Kinder hauptsächlich von Kartoffeln, Brot, Suppen und Margarine... Wir haben in diesen Bevölkerungsschichten jetzt Verhältnisse, wie sie vielleicht in noch weiteren Kreisen gegen Ende des Krieges in Deutschland geherrscht haben.“

Professor Dr. Schloßmann (Düsseldorf) teilt von der Düsseldorfser Kinderklinik mit, daß sie weniger Säuglinge zur Aufnahme bekommt, daß diese aber im allgemeinen viel schwerer krank sind als in den vorhergehenden Jahren, daß sogar eine recht erhebliche Anzahl dieser Kinder schwerer krank ist, daß sie schon in den ersten Stunden des Klinikaufenthalts stirbt!

Gegenüber der Meinung, daß die Arbeitslosigkeit sich auf akute Krankheiten nicht (oder noch nicht) besonders auswirke, sind Zahlen von Interesse, die Dr. Friedberger (Berlin) aus dem „Reichsgesundheitsblatt“ mitteilt.

Diphtherie ist danach eine Erkrankung, die weitgehende Abhängigkeit von der allgemeinen wirtschaftlichen Lage zeigt, so in der Glanzzeit der Gründerperiode „und jetzt scheint schon wieder eine ähnlich bedingte Welle im Anstiege.“ Die Zahl der gemeldeten Diphtheriefälle betrug im 2. Vierteljahr 1928: 28 308, im 3. Vierteljahr 1930: 46 996. Die Todesfälle an Diphtherie betragen je im 3. Vierteljahr 1927: 0,03, 1928: 0,07, 1929: 0,08 und 1930: 0,09.

Ähnliche Erscheinungen zeigen sich in Oesterreich und England, wo auch Arbeitslosigkeit eine große Rolle spielt.

Wir könnten aus der verdienstvollen Arbeit noch eine Menge zitieren. Das Bisherige genügt aber wohl, um die Gefährdung der Volksgesundheit durch die Arbeitslosigkeit zu illustrieren.

Deshalb ist verminderte Sozialfürsorge, deshalb ist jede Sozialreaktion nicht nur ein Verbrechen, sondern wirtschaftliche Dummheit, Raubbau am kostbarsten Gut unserer Zeit, am Menschen!

Deshalb ist erbitterter Kampf gegen solche Reaktion Aufgabe der Arbeiterklasse!

Faschistische Schreckensherrschaft.

Die „Kommission zur Untersuchung der Lage der politischen Gefangenen“ hat einen zweiten Bericht herausgegeben, und zwar sind die Methoden des faschistischen Italien diesmal Gegenstand der Untersuchung. Das Gesetz zur Verteilung des Staates, Spezialgericht, Untersuchungsgefängnis, Strafvollzug, Zwangsdomizil und alle anderen Mittel, auf die der „Duce“ seine Herrschaft stützt, sind hier gründlich dargestellt. Diese Schrift: „Die politischen Gefangenen im faschistischen Italien“, die nur 30 Pf. kostet, können wir allen ans Herz legen, die für Freiheit und Menschenrecht wirken wollen, ebenso wie die von derselben Kommission vor kurzem herausgegebene Schrift von Abramowitsch über die Lage der politischen Gefangenen in Rußland. Die Schrift ist im Verlag von J. S. W. Dieß (Berlin) erschienen.

Von ganz unverdächtigen Zeugen wurden schon des öfteren Einzelheiten über die Grausamkeiten des italienischen Faschismus gegenüber seinen politischen Opfern berichtet. Ein deutschnationaler Journalist, der sich „Kumpelstich“ nennt, berichtet in einem Buch über seine italienische Reise von den Verfolgungen der Gewerkschafter durch die Faschisten. Dabei berichtet er von der Methode, den Gefangenen die Kleider zuzubinden, ihnen Rizinusöl einzugeben und sie dann in ihrem Kot liegen zu lassen. Nicht nur, daß diese infame Methode den deutschen Nazis bekannt ist, sie haben ganz offiziell erklärt, daß auch sie gegebenenfalls diese Methode anwenden würden. In dem Bericht, den die „Vossische Zeitung“ Anfang November 1930 über eine nationalsozialistische Mitgliederversammlung in Berlin gab, heißt es, daß Goebbels u. a. gesagt habe: Wenn er Innenminister werde,

würde er sich immer als Parteifunktionär fühlen. Wenn er z. B. in einer Zeitung angegriffen würde, dann müßte die St. zu der betreffenden Zeitung hingehen und den Redakteuren je einen Liter Rizinusöl zu trinken geben. Seine Aufgabe als Minister würde es dann sein, dafür zu sorgen, daß die Polizei erst eine halbe Stunde später käme, wenn alles vorbei wäre!

Diese Geistesverfassung deutscher Nazis läßt es angebracht erscheinen, an Hand der oben genannten Broschüre einiges über die Verfolgungen und die Leiden der politischen Gefangenen im faschistischen Italien auch an dieser Stelle wiederzugeben. Politische Verbrechen sind im faschistischen Italien nicht nur Verbrechen gegen den Staat, sondern auch solche gegen die faschistische Partei. Sünden der Morde sind deswegen außerhalb der „geordneten“ Justiz erfolgt und ungeführt geblieben. Eine Weihnachtsamnestie von 1922 betraf nur Faschisten. Den Geschworenengerichten wurden die Prozesse wegen Majestätsbeleidigung und wegen Pressevergehen entzogen. Aus den Rechtsanwaltslisten wurden alle Rechtsanwälte gestrichen, die irgendeiner antifaschistischen Handlung verdächtig waren, so daß bei politischen Prozessen den Angeklagten nur Faschisten als Verteidiger zur Verfügung stehen.

Im Jahre 1926 wurde ein neues Gesetz zur Verteidigung des Staates und ein neues Polizeigesetz erlassen. Da das faschistische Parteiabzeichen zum Staatsembleme erklärt wurde, versteht es sich von selbst, daß auch alle Handlungen gegen die faschistische Partei unter diese Gesetze fallen. Die Todesstrafe, seit 1882 in Italien aufgehoben, wurde wieder eingeführt für Hoch- und Landesverrat, Verrat militärischer Geheimnisse, für Aufstand

ein Betrieb seine Selbstkosten senkt und seine Preise verbilligen kann, dann steigt wohl dessen Absatz und Gewinn, aber nur vorübergehend. Die Konkurrenz wird nämlich sofort denselben Weg beschreiten, so daß sich die Konkurrenten desselben Produktionszweiges wieder bald mit ausgeglichenen Kräften gegenüberstehen, nur auf einer anderen Lohnpreisbasis.“

„Aber dieser Kampf muß doch irgendwo und irgendwann eine Grenze finden.“

„Gewiß, Herr Feder, und zwar dort, wo durch diesen ewigen Konkurrenzkampf der schwächste Gegner völlig ausgeschaltet wird entweder durch Bankrott oder aber durch Abwandern mit seinem Kapital in einen anderen Produktionszweig.“

„Nun wohl, dann ist das also gleichzeitig der Punkt, wo nun ein gewisser harmonischer Weiterverlauf einsetzt und eine normale Gewinnbildung ermöglicht werden kann zu Nutzen von Unternehmer und Arbeiter.“

„Sie täuschen sich, Herr Feder. Sie haben nämlich wieder vergessen, daß der Konkurrenzkampf über die Selbstkostensenkung in dem einen Produktionszweig wohl einen Erfolg für bestimmte Einzelbetriebe brachte, aber auch gleichzeitig für die gesamte Volkswirtschaft eine Kaufkraftsenkung im Ausmaße der Selbstkostensenkung. Um diese Selbstkostensenkung können nämlich die von ihr betroffenen Arbeiter nun weniger Waren von der übrigen Wirtschaft kaufen.“

„Auch das mag stimmen, Herr Zimmer, denn wenn ich mir alles überlege, dann scheint es tatsächlich so zu sein, daß alle Selbstkosten irgendwo als Vergütung für eine Leistung münden, wo sie natürlich als Kaufkraft wirksam werden. Aber warum soll nun aus diesem Zusammenhang der Zwang zum Klassenkampf erwachsen?“

„Nun, wenn Sie den oben aufgezeigten Prozeß weiter verfolgen, dann wird Ihnen bald dämmern, daß der durch Selbstkostensenkung entstandene Kaufkraftausfall von der übrigen Wirtschaft doch wieder ausgeglichen werden muß. Und was wird also nun geschehen müssen?“

„Jetzt wird wohl die übrige Wirtschaft diese Kaufkraftschwächung, das heißt also den sinkenden Warenabsatz, wettmachen müssen durch Selbstkosten- und damit Preissenkung.“

„So ist es. Sie sehen, der Kampf um Selbstkostensenkung kommt zwangsläufig ohne den freien Willen des Privatunternehmers. Es ist also ein notwendiger Existenzkampf. Und weil er unvermeidbar ist, aber gleichzeitig auf Kosten der Arbeiterklasse geführt werden muß, weil allein geführt werden kann, deshalb wird

daraus ein unvermeidlicher Klassenkampf, den der Unternehmer führen muß, um seine Existenz gegenüber der Konkurrenz zu verteidigen, und der Arbeiter, wenn er nicht bedingungslos sich diesem Kampfe opfern will. Sie sehen, Ihre Entrüstung über den Klassenkampf ist Ausfluß völliger Verkennung des privatkapitalistischen Wirtschaftsmechanismus.“

„Ich möchte dem vorerst einmal nichts entgegenhalten. Aber warum soll hier nicht eine Versöhnung möglich sein. Ich will sagen, daß auch dann, wenn man diese Gegenätze als unvermeidlich sieht, es möglich sein müßte, rein vernunftgemäß hier den Ausgleich zu finden. Also: den Klassenkampf ausschalten und gemeinsam den Ausgleich finden, das ist eines der Hauptziele des Nationalsozialismus.“

„Das wird ein Wunschziel sein und bleiben, Herr Feder, solange, als Sie danach streben unter gleichzeitiger Aufrechterhaltung des Privatkapitalismus. Sie können im Privatkapitalismus die Kapitalbewegung und den damit verbundenen Konkurrenzkampf nicht vernunftgemäß organisieren.“

„Das ist eben, was ich Ihnen nun einmal nicht glauben kann.“

„Nun sehen Sie, Herr Feder, Sie wollen doch schon den Privatkapitalismus vor allem deshalb, weil Sie die sogenannte Unternehmerinitiative, den Wagemut des einzelnen, erhalten wollen, weil, nach Ihrer Auffassung, für eine Fortentwicklung unvermeidbar. Im Grunde ist darunter nichts anderes zu verstehen als die Freiheit des einzelnen, mit seinem Eigenkapital oder aber auch mit Leihkapital, jede Wirtschaftsmöglichkeit aufspüren und auswerten zu können.“

„Das ist freilich der Grundgedanke bei unserer Forderung auf Schutz des Privateigentums und des Privatkapitalismus.“

„Und sehen Sie, Herr Feder, daraus aber erwächst gerade der unvermeidliche Konkurrenzkampf- und Klassenkampf.“

„Wieso?“

„Nun, der freie Kapitalist, der als Privatmann auch Privateigentümer des Wirtschaftskapitals ist, hat als solcher nicht nur das Recht auf Eigennutz an seinem Kapital, sondern er steht unter stetem Zwang, sein Kapital auch nutzbringend, das heißt rentabel im Wirtschaftsmechanismus anzusetzen.“

„Das hat doch nichts mit Klassenkampf zu tun, Herr Zimmer.“

„Mehr als Sie glauben, Herr Feder. Denken Sie an den Kapitalisten, der vorhin von der starken Konkurrenz aus dem alten Produktionszweig herausgedrängt wurde. Der muß natürlich jetzt mit seinem Geld in einem anderen Produktionszweig unterkommen, was natürlich dort sofort neue Konkurrenz auslöst. Aber auch dann, wenn man annimmt, daß keine „fremden“ Kapitalisten in einen Produktionszweig als Konkurrenz einbrechen, muß diese Konkurrenz notwendig werden. Einmal, weil die gesunkene Kaufkraft als Folge der Selbstkostensenkung in dem anderen Produktionszweig wettgemacht werden muß, wie wir oben gesehen haben, zum anderen aber auch, weil ja die Gewinne des Privatkapitalismus auch immer wieder Verwendung, also Anlagemöglichkeiten, finden müssen.“

„Das verstehe ich wieder nicht ganz.“

„Gut, dann versuchen wir das an einem Beispiel klarzumachen. Ein Unternehmen, das fünfzig Millionen Mark Kapitalwert hat, muß, wenn es zehn Prozent Gewinn abwerfen soll, fünf Millionen Reingewinn bringen. Diese fünf Millionen verzehrt der Unternehmer natürlich nicht ganz. Er verzehrt vielleicht nur eine Million und hat also vier Millionen übrig. Die muß er doch jetzt in der Wirtschaft neu anlegen. Er muß also, wenn er sie in seinen Betrieb hineinsteckt und weiter zehn Prozent verdienen will, im nächsten Jahre schon fünf Millionen und vierhunderttausend Mark Reingewinn erzielen. Um das fertigzubringen, muß er doch seinen Umsatz steigern, sich also konkurrenzfähiger machen. Daselbst aber ist bei allen Unternehmern so, so daß Sie also sehen, daß der Konkurrenzkampf mit diesem Wirtschaftssystem untrennbar verbunden ist.“

„Rein theoretisch stimmt das ja, Herr Zimmer. Aber der Umsatz steigert sich ja schon deshalb, weil auch die Bevölkerung jedes Jahr zunimmt.“

„Das hat eine gewisse Berechtigung, Herr Feder. Aber das Wachstum des Kapitals geht seinen eigenen Weg. Es wächst eben alljährlich um einen bestimmten Prozentsatz, und zwar um den Durchschnittsprozentsatz, der im Kapitalismus verdient wird, ganz gleich, wie oder ob die Bevölkerung wächst. Nur ein Beispiel hierfür. In den Vereinigten Staaten von Amerika stieg in dem halben Jahrhundert 1870 bis 1920 die Bevölkerung von 38,55 Millionen auf 106,41 Millionen, also um 172 Prozent. In der gleichen Zeit wuchs die Kapitalakkumulation in der Industrie von 1695 Millionen Dollar auf 44 467 Millionen Dollar, also um mehr als 2600 Prozent.“

„Ja, wie ist denn das nach Ihrer Theorie überhaupt noch eine Entwicklung möglich gewesen?“

oder Aufreizung dazu. Die bloße Absicht solcher Verbrechen wird mit 30 Jahren Zuchthaus bedroht. Auf die Neugründung aufgelöster Parteien wurden drei bis zehn Jahre Zuchthaus neben lebenslänglichem Ehrverlust gesetzt. Dabei waren aufgelöst worden die konservative, die liberale, die sozialistische und die kommunistische Partei. Tendenzlose Gerichte zu Ungunsten des Staates werden mit 5 bis 15 Jahren Zuchthaus und lebenslänglichem Ehrverlust bestraft. Sondergerichte auf Grund dieser Befehle bestehen aus einem General des Heeres oder der Marine und fünf Offizieren der faschistischen Miliz. Ein richterlicher Beamter wird beigeordnet, hat aber in dem Verfahren keine Stimme.

Die verhängten Strafen gegen politische Gegner sind ungeheuerlich. Zaniboni, von einem Spiegel, dem Rechtsanwalt Quaglia zu einem Attentat auf Mussolini aufgehetzt, kam vor Gericht, acht Angeklagte wurden zu 134 Jahren Zuchthaus verurteilt! General Capello, der Sieger von Götz, der Zaniboni Geld gegeben hatte, wurde zu dreißig Jahren Zuchthaus verurteilt! Nach einem kommunistischen Spezialbericht wurden vom Februar 1927 bis Februar 1930 in 233 Prozessen 5665 Jahre Zuchthaus verhängt!

Das Polizeigesetz macht jede Zusammenkunft, jeden Umzug, jedes Reichenbegräbnis von vorheriger Polizeigenehmigung abhängig. Um Portier zu sein, muß man politische Erlaubnis haben. Politisch Verdächtige sind nach diesem Gesetz alle, die durch öffentliche Gerichte als der nationalen Ordnung des Staates gefährlich bezeichnet werden. Man kann sich denken, wie durch solche gesetzliche Bestimmungen das elendeste Denunziantentum großgezogen wird. Politisch Verdächtige werden ohne weiteres auf die Dauer von ein bis fünf Jahren verschickt.

Hunderttausende von armen Italienern haben den Staub ihres Vaterlandes von den Füßen geschüttelt und sind ausgewandert. Die Folge war der rigoroseste Waffengebrauch bei Grenzüberschreitungen, viele Hunderte wurden dabei erschossen. Für einfache Pässevergehen werden bis zu drei Jahren Zuchthaus verhängt!

Was der Bericht sonst über die Quälereien und Folterungen von politischen Gefangenen erzählt, von dem Schicksal der Verbannten auf den Inseln Ustica, Sampuda und Sparti, ist einfach grauenhaft, man muß es lesen, um ein Bild zu bekommen von der Geistesverfassung und der Brutalität des Faschismus, damit man um so mehr entflammt wird von dem unbeugsamen Willen, mit allen nur erdenklichen Mitteln dem Hochkommen des Faschismus in Deutschland entgegenzuwirken!

Hallo! hast du schon ein Mitglied gewonnen?

wie aller kulturellen und sonstigen Lebensfragen der Arbeiterschaft usw.

2. Der in der Praxis immer noch bestehende Zustand, daß die revolutionären Gewerkschaftsorganisationen mit dem tatsächlichen Aufstieg der Streikbewegung der Arbeitermassen nicht Schritt halten, muß aus der Welt geschafft werden. Ein unverfälschter Kampf muß gegen alle Passivitätsstendenz auf diesem Gebiete und gegen alle Ueberreste des gewerkschaftlichen Legasimus in den Reihen der R.G.I.-Anhänger geführt werden. Geleistete Fortentwicklung der selbständigen Streikführung, geschickte Durchführung und organisatorische Vorbereitung der Streikämpfe, was angesichts der durch die Wirtschaftskrise hervorgerufenen Schwierigkeiten im Kampfe eine besondere Notwendigkeit ist, richtige Feststellung der eigenen und der gegnerischen Kräfte, Auswahl des Zeitpunktes für die Offensive, ausreichende Elastizität im revolutionären Manövrieren wie auch Verständnis dafür, in wohlorganisierter Weise einen durch die Umstände gebotenen Rückzug anzutreten, um die Kräfte zu neuem Kampfe zu sammeln. „Im Angriff wie in der Abwehr muß man sich stets eins vor Augen halten: man muß der Sympathien der breiten proletarischen Massen gewiß sein und die gesamten sozialen Momente und die politische Situation erfassen, in der der Kampf vor sich geht.“ (1. R.G.I.-Kongress.)

3. Unermüdete Arbeit auf dem Gebiete der Organisation des Erwerbslosenkampfes um deren lebenswichtige Forderungen, um Erhöhung der Unterstützung, gegen den von den Regierungen betriebenen Unterstützungsraub, gegen die Begrenzung des Unterstützungsbezugs, gegen die Exmiltierung Erwerbsloser...

4. Sorgfältigste Vorbereitung, energische selbständige Durchführung und bestmögliche Ausnutzung der Tarifkampagnen für die Organisation des Kampfes um bessere Arbeitsverhältnisse, für die Befreiung der Massen vom sozialfaschistischen Einfluß und ihre Eroberung für die revolutionäre Gewerkschaftsbewegung. Die roten Gewerkschaften müssen darauf dringen, daß sie die Arbeiter bei Abschluß der Tarifverträge vertreten. In Ländern, wo rote Gewerkschaften nicht bestehen, sollen die R.G.I.-Anhänger die Initiative übernehmen hinsichtlich des Abschlusses von Tarifverträgen durch Arbeitervertreter in Gestalt von Tarifausschüssen, die von allen Arbeitern in Betriebsversammlungen gewählt werden.

Die R.G.I.-Anhänger müssen eine großangelegte Massenkampagne gegen die von den Gewerkschaftsbürokraten und Kapitalisten hinter den Kulissen betriebenen Tarifverhandlungen und für eine Stellungnahme zu den Tarifverträgen in den Betrieben einleiten. Den Massen muß klargemacht werden, daß von der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie abgeschlossene Tarifverträge nur eine „juristische Festigung der Einheitsfront der Gewerkschaftsbürokratie und der Unternehmer gegen die Arbeiter“ (4. Kongress) sind. Durch Einleitung einer breiten Aufklärungskampagne ist die Annahme von Arbeiterbeschlüssen in dem Sinne zu erzielen, daß die Arbeiter nur solche Verträge anerkennen werden, zu denen sie Stellung genommen und ihre Zustimmung gegeben haben und die daraufhin in ihrem Namen von den selbstgewählten Tarifausschüssen abgeschlossen werden.

Kommentar wäre überflüssig, wenn dieses Plagiat nicht unseren Gewerkschaften entnommen wäre. So aber darf es ein Beweis sein für die Ueberlässigkeit der R.G.I. und des „Einheitsverbandes“. Für diese Aufgaben stehen unsere Führer und Gewerkschaften zur Genüge im Brennpunkt des Klassenkampfes. Dieses WC des Gewerkschaftskampfes ist Ur Eigentum der freien Gewerkschaften. Bei den Kommunisten kommt diese Erleuchtung reichlich spät und abgeschmakt.

Für uns aber ist es ein Beweis für die Wichtigkeit unserer bisherigen Taktik in unserem Kampf mit den Begnern. Deswegen mehr denn je: nicht Ruh und Raft, bis wir den letzten Bergbauindustriearbeiter in unserem Verband haben! W.F.

Rotes Gelee gefällig?

In der Gewerkschaftsarbeit und -frage hat die R.P.D. Schiffbruch erlitten. Nach den heftigen Gewerkschaftsdebatten des Jahres 1920-21 sollte eine endgültige Regelung erzielt sein. Die Zukunft bewies, daß dies nicht der Fall war. Faßt die R.P.D. immer einheitliche Beschlüsse in den Fragen der Politik, Taktik und Organisation der Partei, so gab es in den Gewerkschaftsfragen nur Uneinigkeit und widersprechende Meinungen. Diese brachten wüthende Kämpfe in den Parteioffizialen und gaben Veranlassung für all den Wirrwarr des letzten Jahrzehnts, den wir von der R.P.D. gewöhnt sind. Die Parteikrisen, hervorgerufen durch Paul Levi, durch Brandler-Thalheimer, den Sturz der Ruth-Fischer-Zentrale haben mehr oder weniger ihren Ursprung in der Gewerkschaftsfrage.

Das Unvermögen der Leitung der R.P.D., die Gewerkschaften zu spalten, zu erobern, sich nutzbar zu machen, brachte die Exekutive derart in Aufregung, daß es im August 1925 zur Veröffentlichung des bekannten „Briefes des Elfi“ kam. Nur mit Mühe und Not hat die Leitung damit den Mitgliederbestand halten können. Die Forderung des Briefes war:

„Der Kampf um die Einheit der Gewerkschaften ist ein Bestandteil der bolschewistischen Strategie gegenüber der Mehrheit der internationalen Arbeiterklasse. Wer sie nicht begriffen hat, konnte und kann die gesamte weltpolitische Konstellation der Gegenwart nicht richtig einschätzen und noch weniger die Taktik der Komintern im eigenen Lande mit ganzer Kraft durchzuführen.“

Damit galt die Einheit als besondere Voraussetzung. Diese Erkenntnis hat sich im Verlaufe des Jahres 1925 sogar soweit durchgesetzt, daß die Komintern bereit war, die Rote Gewerkschaftsinternationale zu liquidieren.

Auf dem 14. Parteitag der R.P.D. sagte Tomski (Ende Dezember 1925 bis Anfang Januar 1926 laut Protokoll, S. 803):

„Mag der, welcher dialektisch denken kann, und keine linken Phrasen fürchtet, aber linke Taten versteht, mag der es beweisen, wenn wir nachrechnen, nachsehen, die internationale Lage abschätzen werden, nachrechnen, wie viele Freunde und wie viele Feinde wir haben... auf der Grundlage, wer wo Mitgliedsbeiträge zahlt — rechnen wir also ab, schätzen wir ab, sehen wir zu und gehen wir dann in die Umfesterdamer Internationale — kann das der Parteitag ablehnen und sagen: niemals, unter keinen Umständen? Ein Bolschewik wird nicht so sprechen. Ich gehe dem Teufel auf seine Hörner, zum Papst in Rom, ich gehe, wohin man will, wenn das die Interessen der Arbeiterklasse und der Arbeiterrevolution erfordern.“

Dieses Geständnis einer schönen Seele, des Bolschewisten Tomski, würde auf gut deutsch sein: das Eingeständnis des Bankrotts der R.G.I. und eine Anerkennung dessen, was unsere Gewerkschaftsführer bisher im Interesse der Arbeiterbewegung

auch getan haben. Doch wenn zwei das gleiche tun, ist es noch lange nicht das gleiche. Der Arbeiterschaft wäre damit geholfen gewesen, falls auf wirtschaftlichem Gebiet die Einheit sich eingestellt hätte. Der Schritt blieb, trotz dieser Anregung, unausgeführt, weil die Widerstände politischer Natur und traditioneller Ueberlieferung sich dem entgegenstimmten. Zu positiver Arbeit konnten sich diese nicht aufschwingen, aber mit Phrasen war hier kein Erfolg zu verzeichnen. In allen Teilen der Gewerkschaften flaute der Einfluß ab. Nicht wegen der „Ausschließung der Gewerkschaftsbürokratie“, wie die Führung behauptet, sondern einzig allein darum, weil die Mitgliedschaft sich gegen das Phrasentum auflehnte und empfand, daß die sinnlosen Einwürfe und die Äußerungen eine Behinderung in dem Fortschreiten der Gewerkschaftsbewegung bedeuten.

Durch die Abschaffung der Arbeitslosenunterstützung, der Einigung der roten Betriebsräte in Rußland ist der deutsche Proletarier hellhörig geworden. Die R.P.D. ist durch ihre Spaltungspraxis isoliert und hat sich unmöglich gemacht. In den Hauptgewerkschaften hat sie in den letzten fünf Jahren, fast restlos, ihre Positionen verloren. Daher ging der 5. Kongress der R.G.I. dazu über und schaffte „Rote Gewerkschafts-Opposition“ (R.G.O.) und „Einheitsverbände“. Natürlich wird in diesen Thesen und Entschlüsseungen die Bildung schmacht gemacht mit den rühmlichst bekannten abgeleiteten Grammophonplatten „des Verrats der Gewerkschaftsbürokratie“, „der Gegenoffensive des Proletariats“ und „des stürmischen Aufstiegs der Aktivität der Unorganisierten“ usw.

Das alte Lied, die alte Melodie mit dem allzu bekannten Refrain ertönt, um dann zu „praktischen Schlussfolgerungen“ zu kommen auf dem Gebiete des Wirtschaftskampfes. Diese bringen nicht Einheit der Arbeiterklasse, nicht etwa Neues, sondern ein Gemisch aus dem Raum zwischen kommunistischer Phrasologie und den Erfahrungen unserer Gewerkschaften. Ein Studium dieser Thesen verlohnt sich deswegen, weil sich die Kommunisten ganz der freigewerkschaftlichen Taktik nähern. Sie verfahren in diesem Falle so wie der bekannte „billige Jakob“ auf den Jahrmärkten. Es werden angeboten: Revolution, Hilfe für die Arbeiterklasse, und — das ist das Wichtigste: sie wollen Tarife abschließen und die Fragen des Alltags lösen! Bisher kannten die Kommunisten keine Kleinarbeit im Sinne der Gewerkschaften. Sie flohen den Alltag und waren die Wanderer ins Nichts. Jetzt aber wollen sie — ran an die Futterkrippe! — praktische Arbeit leisten. Nicht im Sinne des Proletariats, in des Wortes vollster Bedeutung, für ihre Revolutionsphantasien wollen sie die roten Gewerkschaften mißbrauchen. Um zu diesem Ziel zu kommen, stellen sie folgende

„Aufgaben auf dem Gebiete des Wirtschaftskampfes.“

1. Entschlossene Aenderung der Arbeitsmethoden der revolutionären Gewerkschaften und der R.G.O. in den Fragen der tagtäglichen wirtschaftlichen Not der Arbeiter, wie Lohn-erhöhung, Verkürzung des Arbeitstages, des Arbeitsschutzes so-

„Sie fragen sehr vernünftig, Herr Feder. Aber sehen Sie, einmal beweist Ihnen das doch die Unvermeidlichkeit eines ewigen Konkurrenzkampfes, zum anderen aber auch liegt hier die Erklärung für die unübersehbare Vermannigung der privatkapitalistischen Produktion, die Sie ja besonders in den Riesenwarenhäusern studiert haben und von der Sie glauben, daß das nur auf teuflische Erfindungskunst der Warenhändler zurückzuführen sei, um den Menschen das Geld aus der Tasche zu locken.“

„Jetzt komme ich aber überhaupt nicht mehr mit, Herr Zimmer. Sie können doch nicht den Warenhaushaltswandel mit der legalen Wirtschaftsentwicklung in Verbindung bringen.“

„Warten wir ab, Herr Feder. Also Sie sehen, wie rasend das Kapital wächst, unbekümmert um das Wachstum der Bevölkerung. Würde dieses wachsende Kapital immer nur in der gleichen Industrie Anlagemöglichkeit suchen, dann wäre es bald aus mit der Kapitalanlage und damit der privatkapitalistischen Wirtschaft. Dieses wachsende Kapital muß sich eben neue Wirtschaftsmöglichkeiten schaffen, also auch neue Industrien und neue Produktionsarten und damit neue verkaufsfähige Waren. Sehen Sie, Herr Feder, darin liegt das Geheimnis des Privatkapitalismus, der diese unheimliche, völlig unübersehbare und völlig unkontrollierbare verschiedenartigen Warenarten schafft. Man redet oft davon, daß der Privatkapitalismus sogar neue Bedürfnisse zu wecken vermag. Sie sehen, in Wirklichkeit steckt nichts anderes dahinter als das Bedürfnis, das gleichzeitig ein Zwang ist, neue Anlagemöglichkeiten für das stets wachsende Kapital zu suchen.“

„Ich vermag immer noch nicht zu erkennen, Herr Zimmer, was das alles mit dem Zwang zum Klassenkampf zu tun hat.“

„Nun, Herr Feder, dann denken Sie einmal darüber nach, daß bevor das Kapital sich von einer Industrie ab- und einer neuen zuwendet, es zuerst in der alten Industrie jede Unterkommensmöglichkeit abtastet, was nichts anderes heißt, als im Konkurrenzkampf sich zu behaupten sucht. Und nur wenn das nicht möglich ist, wandert es in neue Produktionszweige ab. Also die Verteilung des Kapitals erfolgt immer unter einem bestimmten Hochdruck der Konkurrenz, inapp unter der Grenze, wo jede Gewinnmöglichkeit aufhört. Damit also vollzieht sich der ganze privatkapitalistische Wirtschaftsmechanismus zwangsläufig unter diesem Konkurrenzdruck, was gleichbedeutend ist mit zwangsläufigem Klassenkampf, da die Grenze des Konkurrenzkampfes zusammenfällt mit der Grenze, bis zu der die Arbeiter-

schaft die auf ihre Kosten gehende Selbstkostenverminderung freiwillig mitmacht, beziehungsweise an der der aktive Abwehrkampf dieser Arbeiterschaft wirksam einsetzt.“

„Hier muß eben nun an die Stelle des Kampfes die vernünftige Vereinbarung treten. Das ist ja das, Herr Zimmer, was zum Beispiel der Faschismus in Italien schon verwirklicht hat. Es müssen eben Arbeitgeber und Arbeitnehmer in einer korporativen Zusammenfassung werden, wo dann im friedlichen Zusammenwirken der Ausgleich der Interessen erfolgt.“

„Auch diese Illusion muß ich Ihnen zerstören, Herr Feder. Leider vernichtet der Privatkapitalismus selbst mit seinem ewig notwendigen Kampf um seine Rentabilität die Plattform, auf der solche Klassenveröhnung sich vollziehen sollte.“

„Wie soll ich das verstehen?“

„Nun, denken Sie einmal an die fünf Millionen Arbeitslose, die wir haben und die schon völlig ausgebeutet sind aus dem Wirtschaftsmechanismus. Hier hört die Veröhnung auf, Herr Feder, was meinen Sie?“

„Nun gerade diese sind doch die Frucht des ungeligen Klassenkampfes.“

„Sie täuschen sich, Herr Feder. Das sind die Früchte des ungeligen Konkurrenzkampfes der Privatkapitalisten, den diese unter sich selbst führen.“

„Anwiefern?“

„Nun wohl; der Kampf um die Selbstkostenenkung zeitigt gleichzeitig eine gesteigerte Warenproduktion. Nun ist aber der Bedarf an einer bestimmten Ware immer als gedeckt anzusehen, wenn ihr Abfall nicht mehr gesteigert werden kann. In solchen Fällen, das haben wir ja ausführlich besprochen, muß das Anlage suchende Kapital sich eben auf die Produktion neuer Waren werfen. Nun sind aber heute diesbezüglich fast alle Möglichkeiten erschöpft, weil kaum noch ein nützlicher Gegenstand erdacht werden kann, der heute nicht schon hergestellt wird! Der heutige Konkurrenzkampf muß sich also immer mehr darauf beschränken, durch Selbstkostenenkung die schon bekannten Waren zu verbilligen, um den Absatz zu steigern und dadurch das wachsende Kapital in neuen Anlagen unterzubringen. Und jetzt erst beginnt die Tragödie des Privatkapitalismus sich recht zu zeigen.“

„Was heißt Tragödie, Herr Zimmer, das ist doch gerade, was am Privatkapitalismus unerlässlich ist, daß er diese Warenverbilligung und Absatzsteigerung zuwege bringt und damit die Voraussetzung zu neuem weiteren Aufstiege!“

„So sieht das oberflächlich gesehen aus, Herr Feder. Aber jetzt denken Sie daran, diese Warenverbilligung, die eine Abfall-

steigerung und Vermehrung der Waren im Einzelunternehmen bringt, bedingt gleichzeitig eine Kaufkraftverminderung für die gesamte Volkswirtschaft, wie wir ja an anderer Stelle festgestellt. Und weil nun das Kapital nicht mehr in die Produktion von völlig neuen, bisher unbekanntem Waren in genügendem Ausmaße ausweichen kann, deshalb wird dieser Prozeß immer weitergetrieben, der nun zu einer volkswirtschaftlichen Gefahr wird.“

„Wie?“

„Weil die Konkurrenz und das stete Anwachsen des Kapitals dazu zwingt, die bestehende Warenproduktion auszudehnen, was nur möglich ist unter gleichzeitiger Selbstkosten- senkung durch Kaufkraftsenkung. Das bringt Warenüberfluß, Unmöglichkeit zum Verkauf aller Waren, damit Unrentabilität einzelner Unternehmen, Produktionseinschränkung, Stilllegung, Arbeiterentlassung, damit noch größere Kaufkraftminderung und so fort. Sehen Sie, Herr Feder, das ist auch das ganze Geheimnis, weshalb heute, also im Februar 1931, auf dem internationalen Geldmarkt dreißig Milliarden Mark an der Börse völlig brach liegen, während auf der anderen Seite zwanzig bis fünfundzwanzig Millionen Arbeitslose gekämpft werden. Der riesige Kapitalreichtum findet eben keine gewinnbringende Anlage, das heißt Produktionsmöglichkeit. Das alles ist nur zu ändern durch Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln und dem Wirtschaftskapital. Und das alles, Herr Feder, gibt erst die Erklärung für diese gewaltige Wirtschaftskrise, in der wir zur Zeit stecken, die also nicht zurückzuführen ist auf irgendeine verkehrte Staatspolitik, sondern die eine Krise des privatkapitalistischen Systems ist. Und um stellen Sie sich vor, Sie würden den Klassenkampf verbieten, was nur heißen könnte: der Arbeiterschaft das Recht nehmen, in diesem Gegenprozeß ihre Interessen wahrzunehmen, um die ganze soziale Frage damit zu lösen, daß der Staat lediglich jedem Schaffenden eine Altersrente garantiert, während alle anderen Kämpfe der Arbeiterschaft um ihre soziale Existenz nur als jüdisch-marristisches Teufelswerk ausgerottet werden müßten. Wie sollte zum Beispiel dann der Staat gerade jetzt in dieser Wirtschaftskrise seiner sozialen Verpflichtung genügen können? Denken Sie einmal darüber nach: Drei Milliarden sind heute jährlich erforderlich für Arbeitslose, vier Milliarden für Kranke, Unfallverletzte, Invaliden. Das sind rund sieben Milliarden Mark. Diese Leistungen zu sichern gibt es nur den einen Weg, den der heutigen Sozialpolitik.“

(Schluß folgt.)

HAUS UND LEBEN

Frühmorgens zur Schicht.

Fest ineinander verschlungen und verkrampft, schwer, schwarz und undurchsichtig, lagern die riesenhaften Industriewerke in der finsternen, sternlosen Nacht. Befangene, umgeformte Naturkräfte murren und zischen gewaltig und rebellierend in ihnen. Feuerflammen springen auf, züngeln drohend, rote, heiße Glut verflühen. Rauchschwaden ballen sich giftig und entschweben dräuend und drückend über dem Revier und vermengen sich mit all dem Rauch und Gas und Dunst, die im ganzen Revier aus ungezählten Schornsteinen, Ventilen, Feuerklüden und Schachtgerüsten entweichen und die Luft färben und ungesund machen.

Detonieren und Grollen dröhnt aus diesen Industriewerken niederschmetternder als naher Donner...

Doch die Männer, die in den Werken arbeiten, freut es. Denn dieses Aufheulen, Aufschreien, Aufgrollen, Brüllen, Detonieren gebändigter Gewalten zeigt ihnen, wie sehr sie, die von den mächtigen Industriebesitzern Bedrückten, doch noch Menschen sind. Nur sie lassen dies alles geschehen. Nur sie. Und je stärker, wilder, wütender das Aufschreien, desto erkennbarer ihr Menschentum.

Gleißende Glühbirnen werfen ihren Schein grell in diese Nacht. Und dieser Schein fängt und spiegelt sich in den Wollen und Rauchschwaden über dem Revier, legt sich weichstrahlend über all die Werkstätten und Betriebe und ist ihr irdischer Helligkeitschein, gefährlich anzusehen, doch bezaubernd, betörend, Ausdruck menschlicher Arbeitsleistung, nicht jenseitiger Verheißungen.

Es ist morgens und noch vor fünf.

Aus den nachtdumpfen Häusern und Straßen kommen die ersten Männer. Bettwärme ist noch in ihren Gliedern. Fröstelnd streben sie ihren Arbeitsstätten zu.

Weitererschaffen diesen Tag.

In der Luft ist noch nicht die erste blasse Spur des Morgengrauens. Die Nacht ist undurchdringlich, tief und ruhig. Der kreischende, brüllende, orgelnde Arbeitsgang stockt zuweilen im Revier. Krisenluft weht. Das geflügelte Wort von der Wirtschaftskrise ist in aller Munde und macht unsicher.

Wilde Streiks flattern hin und her. Flackern hier und da auf. Verlangen Besonnenheit.

In Nächten wie dieser träumen die Männer ahnungsvoll und verzweifelt. Sie bangen um den Ewigkeitswert des Stückchens Menschentum in ihnen und ihr Selbsterhaltungstrieb schreckt sie aus tiefstem Schlaf und läßt sie der Wirtschaftskämpfe gedenken, die wieder ausgefochten werden. Alle diese Kräfte spielen auf der ramponierten Grundlage ihres Daseins, ihrer Arbeitskraft, ab.

Und diese Gedanken und Träume fliehen noch in ihren Gliedern, wie sie nun zur Arbeit gehen. Schmerz, müßige Träume, die ihr Selbsterhaltungstrieb zwang, aus den Untiefen des Unbewußten aufzusteigen und ihren Lebensraum licht- und zukunftswärts auszuloten. Und beklemmende Gedanken, darin Weib und Kinder zu finden waren.

Sterne und Mondhelle kennt diese Nacht nicht.

Nur das Krachen und Knallen der Werke, die ihre ganze Macht auf die Menschen ausschütten, die da kommen und zu ihnen müssen — auf die Unausgeruhten und Traumtrunkenen...

Fünf Uhr fünfzig.

Die Männer nähern sich den Werken. Ihr Lichtschein nimmt sie auf. Sie drängen fast durch die schwarzen Tore.

Ihre Frauen sehen ihnen nach. Sie haben die Fenster geöffnet und sich da hineingelegt. In ihren Gesichtern ist Bangigkeit, in ihren Händen sind schmerzliche Bewegungen: diese Hände wollen sich den Männern nachstürzen und sie zurückhalten und gut zu ihnen sein.

Seltam, wieviele Frauen in den Fenstern liegen...

Sind so viele Männer diese Nacht im Schlafe hochgefahren? Ist die Nacht so erregend?

Die Frauen sehen mich an mit Augen, als könnten sie durch mich hindurchsehen. Ich glaube, sie fühlen etwas vom Ablauf der Dinge in sich. Sie erleben Dinge, jetzt, in ihren Fenstern, von denen sie nicht wissen, ob sie je wirklich geschehen werden...

Aber sie können diese Männer nicht zurückhalten!

Ob auch nur diesen Morgen...

In alten, längstvergangenen Tagen waren solche Nächte, in denen die Finsternis Triumphe feiert, voll Unheil und Not und Grauen.

Ich glaube, das regte sich in diesen Frauen und deshalb war der Schmerz in ihren Händen und die Angst in ihren Gesichtern.

Heinrich Häusgen.

Die Ermordung Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs.

Die erste Auflage der „Novemberrevolution“ von Hermann Müller-Franken — erschienen im Bücherkreis, Berlin SW 61 — ist vollständig vergriffen. Der Verlag hat sich daher veranlaßt gesehen, eine Neuaufgabe des genannten Werkes herauszugeben. Der Preis bleibt unverändert (5,50 M., für Mitglieder Sonderpreis). Wir veröffentlichen heute daraus den nachstehenden Abschnitt:

Am Vormittag des 16. Januar ging ich wie gewohnt zunächst gegen 9 Uhr nach unserem Parteibüro. Bartels erzählte mir dort, daß eben ein Soldat dagewesen sei, der mitgeteilt

habe, daß Karl Liebknecht in der Nacht getötet worden sei. Näheres wußte er nicht. Ich glaubte das nicht. Keine Morgenzeitung hatte eine Notiz über nächtliche Kämpfe gebracht. Ich fuhr mit der Elektrischen nach der Prinz-Albrecht-Straße. Niemand sprach von Liebknecht. Auch im Abgeordnetenhaus nicht. Da bat mich Ebert telefonisch sofort nach der Reichskanzlei. Dort sollte ich aus seinem Munde die Bestätigung der schauerlichen Mordtat empfangen, die in der Nacht zuvor nicht nur an Karl Liebknecht, sondern auch an Rosa Luxemburg verübt worden war.

Beide waren von Angehörigen der Bürgerwehr in der Wohnung des Genossen Marcussohn in Wilmersdorf, Mannheimer Straße 43, verhaftet und dann im Edenhotel am Zoo beim Stabe der Garde-Schützenavallerie eingeliefert worden. Nach kurzem Verhör war die Ueberführung nach dem Untersuchungsgefängnis Moabit angeordnet worden. Liebknecht und Rosa Luxemburg wurden getrennt abtransportiert. Schon beim Verlassen des Hotels wurde Liebknecht von dem Posten stehenden Jäger Otto Runge mit dem Gewehrkolben so über den Kopf geschlagen, daß das Blut lief. Im Tiergarten wurde Liebknecht aufgefordert, das Auto, angeblich wegen einer Bannz, zu verlassen. Bei dieser Gelegenheit soll er versucht haben zu fliehen. Da er auf Anruf nicht halbgemacht haben soll, wurde nach militärischer Regel auf ihn geschossen. Von mehreren Schüssen getroffen, fiel er tot nieder. Der die Eskorte führende Kapitänleutnant Pflug-Hartung meldete den Vorfall amtlich, ließ aber die Leiche als die eines angeblich unbekanntes Mannes 11.20 Uhr nachts in der Rettungswache am Kurfürstendamm abliefern. Angeblich, um so Aufsehen zu vermeiden.

Noch schlimmer verfuhr die entmenschte Soldateska mit Rosa Luxemburg, die, durch Mißhandlungen bereits ohnmächtig geworden, im Auto durch einen Schuß getötet wurde. Der Oberleutnant Kurt Vogel lieferte die Leiche nicht ab, sondern ließ sie in der Nähe der Corneliusbrücke in den Landwehrkanal versenken, wo sie erst nach Wochen gehoben wurde.

Das ist der Sachverhalt, der aber erst allmählich festgestellt wurde. Die erste amtliche Darstellung, nach der eine über die Spartakisten erbitterte Menge die Hauptschuld an den Mißhandlungen getragen haben sollte, enthielt bewußt falsche Angaben der schuldigen Militärs. Die Regierung hatte den Willen, Aufklärung zu schaffen, am Abend des 16. Januar durch folgende amtliche Mitteilung kundgetan:

„Die Regierung hat über die Umstände, die zum gewalttätigen Tode Dr. Rosa Luxemburgs und Dr. Karl Liebknechts geführt haben, die strengste Untersuchung angeordnet. Die beiden

Getöteten hatten sich zweifellos schwer am deutschen Volk vergangen, sie hatten jedoch ebenso zweifellos Anspruch auf Recht, das Schuldige bestraft, aber auch sie vor Unrecht schützt. Ein Akt der Lynchjustiz, wie er an Rosa Luxemburg begangen worden zu sein scheint, schändet das deutsche Volk, und jeder, auf welcher Seite er auch politisch stehen mag, wird ihn sittlich verdammen. Ist im Falle Luxemburg das Gesetz offenbar verletzt worden, so bedarf es auch im Falle Liebknecht nach der Aufklärung, ob hier nach gesetzlichen Vorschriften gehandelt worden ist. Sollten sie verletzt worden sein, so müßte auch hier in der schärfsten Weise eingegriffen werden.“

Der Zentralrat billigte die Haltung der Reichsregierung, die eine gründliche Untersuchung mit dem Ziele schärfster Bestrafung etwaiger Schuldiger befohlen hatte.

Ich habe Ebert selten so erregt gesehen, als an jenem Morgen des 16. Januar. Neben den Gefühlen des Abscheus über die gräßliche Tat machten sich folgende Erwägungen geltend: Eben war die Regierung des Januarputsches Herr geworden. Für eine ruhige Aufbaubarbeit schien der Weg geebnet. Würde die Ermordung der beiden nicht zu neuen Kämpfen führen? Würden Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg als Märtyrer nicht zu einer größeren Gefahr werden, als sie jemals lebend waren?

Die angeordnete Untersuchung gegen die schuldigen Militärs — Zivilpersonen kamen, wie sich bald ergab, für die Tat nicht in Betracht — fand vor dem Gericht der Garde-Schützenavallerie statt. Ein Sondergericht konnte nach Auffassung der Volksbeauftragten nicht eingesetzt werden. Jedem Angeeschuldigten war das Recht zugesichert, von seinem ordentlichen Richter abgeurteilt zu werden.

Als Gerichtsherr fungierte General Hoffmann, als Untersuchungsrichter Kriegsgerichtsrat Förs. Die Vertreter der beiden sozialistischen Parteien forderten, daß die Untersuchung durch eine aus Mitgliedern der sozialdemokratischen Parteien zusammengesetzten Untersuchungskommission vorgenommen würde. Die Volksbeauftragten stimmten dem nicht zu, waren jedoch damit einverstanden, daß je zwei Mitglieder des Zentralrats und des Groß-Berliner Volkstagsrats bei der Untersuchung mitwirken. Vom Zentralrat wurden Hugo Struve und ich dazu bestimmt. Am 24. Januar mußte ich dann zur ersten Internationalen Sozialistenkonferenz nach dem Kriege nach Bern fahren. Ich habe so nur an den ersten Besprechungen im Edenhotel teilgenommen, die der Aufhellung der Vorgänge in und vor dem Hotel galten.

Ein Opfer der Revolution.

Von

Michael Soschtschenko.

Jefim Grigorjewitsch zog einen Stiefel aus und zeigte mir seinen Fuß. Auf den ersten Blick war nichts Besonderes wahrzunehmen. Erst bei näherem Zusehen konnte man auf seiner Ferse einige vernarbte Kratzer und kleine Wunden bemerken. „Sie vernarben sich“, sagte Jefim bekümmert. „Da ist leider nichts zu machen — so oder so — schon sieben Jahre ist's her.“

„Was ist das?“ fragte ich.

„Das?“ sprach Jefim Grigorjewitsch. „Das, verehrter Genosse, sind die Spuren der Unbill, die ich während der Oktoberrevolution erlitten habe. Heute, da schon sechs Jahre verfloßen sind, will sich jeder — selbstverständlich — vordrängen. Ich habe, verstehen Sie, die Revolution ebenfalls mitgemacht. Auch ich, sehen Sie, habe mein Blut vergossen und mein Leben aufs Spiel gesetzt. Na, und davon habe ich, so oder so, sichtbare Spuren. Biewohl ich, mein lieber Genosse, in der Fabrik nicht gearbeitet habe, weil ich früher mal Bürger von Kronstadt war und mich deshalb das Schicksal bevorzugte, wurde ich trotzdem ein Opfer der Revolution. Ich geriet, verehrter Genosse, unter einen stürzenden Motor.“

Bei den letzten Worten blickte mich Jefim Grigorjewitsch feierlich an. Indem er den Fuß mit Lappen umwickelte, sagte er:

„Ja, ich geriet unter einen stürzenden Lastwagenmotor. Und das betraf nicht einen erstbesten Passanten etwa infolge seiner Unachtsamkeit oder seiner Schwachsinnigkeit, im Gegenteil: ich erlitt diesen Unfall unter Umständen, die mit der Revolution ursächlich im Zusammenhang stehen. Sie können doch, den früheren Grafen Dreschin?“

„Nein!“

„Ja, so war's... Eben bei diesem Grafen Dreschin war ich als Frotteur bedienstet... Gern oder ungern: zweimal mußte ich den Fußboden frottieren. Einmal, wie bekannt, mit Wachs. Meines Grachtens ist das ein Mumpsig, eine unnötige Ausgabe...“

Da ereignete sich, verstehen Sie, folgendes: das Parkett habe ich, sagen wir mal, am Montag gebohrt, am Sonnabend ging die Revolution los und am Dienstag stürzt einer meiner Schwäger in meine Wohnung herein und schreit:

„Komm, sagt er, man ruft uns. Der Graf wurde bestohlen und dich hat man im Verdacht. Na haste den Salat!“

Ich warf die Soppe über, ah etwas zur Stärkung und schob dann los.

Am Ziel angekommen, stürzte ich, versteht sich, in die Gemächer. Da sehe ich, wie die ehemalige Gräfin hysterisch randalisiert und mit den Füßen den Diwan mißhandelt.

Mich erblickend, sagt sie tränenerfüllt: „Ach, Jefim, hast du etwa meine brillantenebene Damenuhr verlor?“

„Was denn — was denn?,“ sage ich. Was soll das, Gräfin! Wozu soll mir, sage ich, eine Damenuhr nützlich sein, da ich gewissermaßen ein Mann bin. Ich muß lachen, sage ich. Verzeihen Sie diesen Ausdruck...“

Sie aber brüllt: „Nein, sagt sie, nein! Du — nur du hast die Uhr verburnt!“

Da kommt plötzlich der ehemalige Graf herein und jagt vor allen Anwesenden: „Ach, sagt er, bin reich und pfeife auf deine

Uhr. Ich darf aber, sagt er, sowas nicht durchgehen lassen. Ich will, sagt er, meine Hände nicht an deiner dreckigen Schnauze beschmutzen, daher wirst du dem Staatsanwalt ausgeliefert. Raus mit dir, sagt er, aber schnell!“

Ich warf, versteht sich, einen Blick durchs Fenster und ging. Zu Hause angelangt, lege ich mich zu Bett. So liege ich. Und es ist mir schrecklich zumute. Dieser Kummer... Denn ich habe, wissen Sie, die Uhr nicht bekommen.

Plötzlich — am fünften Tage — war es mir, als ob mich jemand mit der Art auf den Schädel geschlagen hätte.

Ha, denke ich, die Uhr hab' ich doch selbst in der Puderdose versteckt! Hand sie auf dem Diwan — dachte, es sei ein Medaillon, und packte sie ein...“

Schnell zog ich den Rock an, schlang noch einige Bissen hinter und lief auf die Straße. Und der ehemalige Graf wohnte an der Offiziersstraße.

Ich laufe, wissen Sie, die Straße entlang. Eine unerklärliche Furcht überfällt mich. Was das eigentlich ist, denke ich, daß die Leute so scheu an den Straßenrändern dahinschleichen, als ob sie sich vor Kanonenschüssen, vor der Artillerie ängstigen!

Ich befrage einige Passanten. Sie antworten: Oktoberrevolution!

Ich beschleunige meine Schritte. Schon bin ich in der Offiziersstraße.

Ich laufe ans Haus heran. Menschaufschau. Ein Motor steht auch da. Und plötzlich kommt mir der sonderbare Gedanke: nur nicht unter den Motor geraten! Und der Motor steht... Gut! Näher herantretend, frage ich:

„Was ist hier los?“

„Nu ja“, sagen sie, „wir verladen, verstehen Sie, die Aristokraten auf den Lastwagen und verhaften sie.“

Ich schaue hin — da führen sie den gewesenen Grafen auf die Maschine.

Ich dränge mich durch die Menge und schreie: „Ihre Uhr, schreie ich, liegt in der Dose — zum Donnerwetter — in der Puderdose!“

Und der Graf, dieser Trottel, gönnt mir nicht mal einen Blick und macht sich im Lastwagen bequem.

Ich springe an den Motor, und dieser — verflucht nochmal! — faucht plötzlich los und klatscht mich mit dem Rad in die Seite.

Na, denke ich, ein Opfer mehr!“

Nach dieser Bemerkung zog Jefim Grigorjewitsch wieder den Stiefel aus und betrachtete wütend die vernarbten Kratzer. Dann zog er den Stiefel wieder an und sagte:

„Wie Sie sehen, verehrter Genosse, habe auch ich feinerzeit leiden müssen und bin, wenn man so sagen darf, ein Opfer der Revolution. Selbstverständlich will ich damit nicht prahlen, ich kann aber auch nicht gestatten, daß mich deswegen irgendwer verhöhnt. Und der Vorsitzende des Mietervereins erlaubt sich, nicht mehr und nicht weniger mein Zimmer nach Quadratmetern abzumessen, ebenso die Fläche, die meine Kommode bedeckt. Und spottet noch meiner, indem er sagt, unter der Kommode hätte ich außerdem noch fast einen halben Quadratmeter. Wie kann denn einer von einem halben Quadratmeter reden, wenn doch die Fläche von der Kommode belegt ist! Die Kommode ist doch, wie bekannt, ein Wirtschaftsgegenstand!“

Deutsch von Victor Kalinowski.

9. Woche Kameraden, sorgt in eurem und im Interesse eurer Organisation für pünktliche Zahlung des fälligen Beitrags für die Zeit vom 22. bis 28. Februar 1931

KPD.-Theater und Betriebsratswahlen.

„Auf Brettern, die die Welt bedeuten“, würde es der KPD. auf Grund ihres Tuns und Treibens bestimmt vergönnt gewesen sein, große Erfolge zu erzielen. Parole auf Parole hat sie in den letzten Jahren gewechselt, worauf an dieser Stelle schon genügend hingewiesen worden ist. Auch die nötigen Einstudierungen dieser Parole muß man heftig verfolgen, wenn auch der Erfolg der Vorstellungen nicht immer überzeugend ist, was ja auch am Theater vorkommen soll, wenn die betreffende Nummer sich als hohl und wirklichkeitsfremd erweist. Genau so geht es der KPD. samt ihrem Anhang. Auf dem 5. Roten Gewerkschaftskongress wurde der neue Keilgen eröffnet und nach dem KPD.-Kongress im November 1930 dieser auch für Deutschland eingeführt. „Väterchen“ Stalin hat befohlen und Thälmann muß natürlich dem Befehl Folge leisten. So wurde dann die alte Forderung: „Hinein in die Gewerkschaften!“ gestrichen und für Deutschland die Schaffung eigener Organisationen auf das Programm gesetzt. Daß diese natürlich nur im „Feuer eines Kampfes“ entstehen können, ist ja selbstverständlich und für eine gute Zugnummer auch notwendig. Ebenso gehören dazu politische „Massen“streiks, die wieder „spontan“ (nach langer Vorbereitung) zum Ausbruch kommen. So hat die KPD. dann auch bei der Gründung des „Einheitsverbandes der Bergarbeiter“ gehandelt. „Alles Revolutionäre und Klassenbewußte übernimmt der Einheitsverband für seine tägliche Arbeit“, wird als Losung ausgegeben. Man hat dazu vorläufig auch von der Erhebung von Eintrittsgeldern und Beiträgen Abstand genommen, trotzdem dieselben im Statut vorgeesehen sind. Dem „revolutionären Klan“ soll damit etwas nachgeholfen werden.

Dieses Kasperletheater könnte man übergehen, wenn für die Arbeiterschaft dabei nicht so viel auf dem Spiele stände und sie nicht allein die Folgen daraus zu tragen hätte. Es gibt eben noch Unwissende genug, die das Gebaren der KPD. nicht durchschauen können. Vor uns liegt eine Nummer „Der Grubenarbeiter“, Organ des sogenannten Einheitsverbandes, welches in bekannter kommunistischer Manier die Hälfte seiner sechs Seiten auch den bevorstehenden Betriebsratswahlen widmet. Es wird dort ein Geschreibsel niedergelegt, das unwillkürlich an einen Menschen erinnert, der sonst unter einen bekannten Paragraphen des Strafgesetzbuches fällt.

Natürlich sollen wieder „rote Betriebseinheitslisten“ aufgestellt und „Wahlabschlüsse“ gebildet werden. Die freien Gewerkschaften werden ebenso nach bekannter Weise heruntergerissen. Jetzt hat dort, wo der „Einheitsverband“ besteht, dieser die gleichen Aufgaben wie die KPD., nur wo dieser nicht besteht, bleibt letztere „die Firmenträgerin der KPD. im Kampf um die Betriebsräte“. Die Wahlabschlüsse müssen wieder „auf breiter Grundlage“ gewählt werden, ebenso sind „Gewerkschaftler“ hinzuzuziehen, weil dieses ja nach außen hin besser zieht. Der so gewählte Ausschuß hat dann ein betriebliches „Kampfprogramm“ auszuarbeiten, das u. a. die Forderungen: Verkürzung der Arbeitszeit, Lohnerhöhung, Bedingeregulierung enthalten muß. Natürlich müssen auch wieder Belegschaftsversammlungen zu Tummelplätzen benutzt werden. Bei ihrem Geschrei merken sie nicht einmal, daß sie sich dabei in einer Front mit den Gelben befinden. Die KPD. und der „Einheitsverband“ fordern hier, wie die Gelben, bewußt die Regelung der Arbeitsbedingungen auf betrieblicher Grundlage.

Muß da nicht dem Unternehmer und seinen Söldlingen das Herz im Leibe lachen? Aber das stört einen kommunistischen Phrasenschreiber nicht, wahrscheinlich fühlt er sich auch in der Gesellschaft der Gelben am wohlsten. Er setzt weiter „die gewerkschaftlichen Betriebsräte bei den diesjährigen Betriebsratswahlen an die Luft“, denn „die Belegschaften brauchen Kühne, entschlossene Führer“. Wir sind boshaft genug, ihnen den Rat zu geben, sich ernstlich welche zu suchen, denn was die bisherigen Streiks an kommunistischen „Führern“ gezeigt haben, berechtigt uns zu dem Rat. Den Nachläufern aber müssen wir sagen, daß gerade die „roten Klassenbewußten“ Betriebsräte nur zu zahlreich anlässlich der letzten Streiks weder Kühn noch entschlossen gewesen sind! Vielmehr nahmen viele vorher Zuflucht zu wenig revolutionären Mitteln, wie Krankenurlaub, Urlaub oder man meldete sich gehorlos ab. Wie sollte es aber auch anders sein, wenn z. B. im Ruhrgebiet der oberste Führer in der höchsten Phase schlapp macht und krank wird? Auch dieses steht wenig revolutionär aus! Vielleicht hat ihn dieses Kranksein denn auch bisher vor dem üblichen „Fallen“ bewahrt. Traurig ist es, wenn auf die Seite dieser „Führer“ so viele gutgläubige Kumpels hereingefallen und jetzt dem Elend preisgegeben sind! Sie müssen bitter genug merken, daß die bombastischen Reden etwas anderes sind als die Taten ihrer kommunistischen „Führer“! Dagegen hat die Gewerkschaft Stellung zu nehmen und diesen „revolutionären“ Helden die Mäste herunterzureißen. Die Zeiten sind zu ernst, um an dem KPD.-Theater die Fortschritte des Betriebsrätegesetzes zerschellen zu lassen.

Nur freigewerkschaftliche Betriebsräte gehören in die Betriebe, weil diese nur allein ernst genommen werden! Man tue jedoch nicht leichtfertig die Phrasen der Kommunisten ab, sondern man kläre insbesondere ihre Nachläufer auf. Rot und Elend sind die besten Wegbereiter, um Urteilslose zu umgarnen und in die Arme gewissenloser Stalinnechte zu treiben. Auf die Anpöbelungen von Führern des Verbandes wollen wir hier nur zitieren: „Herr, vergibt ihnen, denn sie wissen nicht, was sie tun!“ Natürlich hat der „Einheitsverband“ bereits 15 000 (?) Mitglieder. Wer denkt dabei nicht an die gewaltige Zahl Mitglieder der bankrott gegangenen Union, die uns noch in guter Erinnerung sind?

Wertwürdig ist nur dabei, wie sie sich selbst gegenseitig beschwindeln, denn die kommunistische Parteipresse hatte schon lange von 20 000 Mitgliedern gefaselt. Wir können doch nicht annehmen, daß hier so selbstlos bereits ein Mitgliederrückgang von 5000 zugegeben wird. Oder sollte die Zusammenarbeit des „Einheitsverbandes“ mit der Partei schon so schlecht klappen, auf die doch sonst so großer Wert gelegt wird?

Wir sind gewiß, daß der Kumpel trotz der riesengroßen Not und des Elends in seiner übergroßen Mehrheit von dem KPD.-Theater nichts wissen will und dieses auch bei den diesjährigen Betriebsratswahlen wider beweisen wird. Die kommunistischen Organisationen einschließlich des „Einheitsverbandes“ werden an dem Fels der freien Gewerkschaften genau so zerschellen, wie alle ihre Vorgänger zerschellt sind!

Richtige Männer am rechten Platz, das ist die richtige Forderung der Bergarbeiter! Dieses können wiederum nur freigewerkschaftliche Betriebsräte sein!

Jahrestreffen des Verbandes.

Geschäftsstelle Borna.

Die diesjährige Jahrestagung, die am 15. Februar, vormittags 9 Uhr, im Bornaer Volkshaus tagte, befaßte sich in ihrem ersten Punkte mit der Knappschafftsfrage. Aus diesem Anlaß nahmen sämtliche Knappschafftsleiter bis zur Erledigung des ersten Punktes an der Konferenz teil. Das Bezirksvorstandsmitglied Kaiser (Zwickau) referierte über die kritische Lage der Knappschafftsfrage sowie über die Sanierungsmöglichkeiten. Sein Vortrag wurde von den Anwesenden mit Aufmerksamkeit verfolgt. Der Wille der Konferenzteilnehmer kam in folgender Entscheidung zum Ausdruck:

„Die am 15. Februar 1931 tagende Konferenz der Knappschafftsleiter und deren Stellvertreter sowie der Funktionäre des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands, Geschäftsstelle Borna, nimmt mit Beunruhigung davon Kenntnis, daß vom Reiche die seit Jahren geforderte und vielfach versprochenen Hilfe noch nicht eingeleistet hat. Seit der Hauptversammlung der Reichsknappschafftsfrage im November 1930 ist bereits wieder wertvolle Zeit verstrichen, ohne daß die amtlichen Stellen gezeigt haben, daß sie für die Lage der Knappschafftsfrage Verständnis haben und ernstlich gewillt sind, die Schwierigkeiten zu überwinden. Um das Schicksal der Knappschafftsfrage ist lebhafteste Beunruhigung bei den Belegschaften eingetreten. Die Invaliden und Witwen sehen ihre wohlverdiente Pension in Gefahr.“

Die Hilfe des Reiches ist um so eher berechtigt, als die Reichsknappschafftsfrage durch ihre Pensionen der öffentlichen Wohlfahrtspflege ungeheure Lasten abgenommen hat, was auch den Stellen bekannt sein muß, an die wir uns in letzter Stunde mahnen und warnend richten.

Durch die Abtreibung des Saargebietes, Elsaß-Lothringens und Ost-Oberschlesiens sind Lasten entstanden, die ausschließlich von den Bergarbeitern des neuen Reichsgebietes getragen werden müssen. Der durch die Folgen des Krieges geschwächte Gesundheitszustand und die damit verbundene hohe Zahl der Invaliden verurfacht ebenfalls der Reichsknappschafftsfrage ungeheure Kosten.

Die Konferenz fordert daher von den zuständigen Stellen des Reiches unverzüglich Hilfe für die notleidenden Bergarbeiter und ihre Familien. Nicht nur bei großen Grubenkatastrophen verlangen die Bergarbeiter Mitleid und Anerkennung, sondern sie fordern endgültige Taten der Reichsregierung.

Die von der Organisation bisher bereits eingeleiteten Maßnahmen in dieser Hinsicht werden von der Konferenz ausdrücklich gutgeheißen und anerkannt.“

Zum Jahresbericht konnte Kamerad Schindler erfreulicherweise berichten, daß trotz der Krisenzeit das Organisationsverhältnis als gut zu bezeichnen wäre. Am 31. Dezember 1930 war im hiesigen Bezirk eine Gesamtbelegschaft von 5750 Mann, ein Organisationsverhältnis von 75 bis 77 Prozent ist demnach festgestellt.

Der Bezirksleiter, Kamerad Reddigau, erstattete Bericht über die Tarifbewegungen im verfloffenen Jahre; anschließend daran wurde über die Betriebsratswahlen berichtet. Die Konferenzteilnehmer waren von dem Gedanken und Willen befaßt, das bewies die Diskussion, alles daran zu setzen, um bei den Betriebsratswahlen wie im verfloffenen Jahre auf jeder Schichtanlage den Sieg davonzutragen.

Geschäftsstelle Helmstedt.

Am 8. Februar fand in Helmstedt, „Stadt Hamburg“, die Jahrestagung der Funktionäre für den Lokalbezirk Helmstedt statt. Der Geschäftsstellenleiter Kamerad Kuschke erstattete den Jahresbericht. Die schwere wirtschaftliche Krise mit ihren Folgen: geringe Beschäftigungsmöglichkeit, katastrophales Steigen der Arbeitslosenziffern, Betriebsstilllegungen und Feiertagsarbeiten, hat besonders den Bergbau im verfloffenen Jahre hart mitgenommen. In verschiedenen Wirtschaftszweigen des Bergbaues wurden bereits Lohnsenkungen durch verbindlich erklärte Schiedssprüche vorgenommen. Wenn durch Vereinbarung den Kalk- und Steinsalzbergarbeitern der bisherige Tariflohn sowie geleistete Prämien weiter garantiert werden, so ist das in der gegenwärtigen Zeit als ein voller Erfolg des Verbandes zu buchen, denn ein Schiedsspruch hätte bestimmt die Kürzung der tariflichen Löhne in der bisher üblichen Weise gebracht. Auch im Braunkohlenbergbau haben wir eine direkte Kürzung der tariflichen Löhne noch nicht zu verzeichnen. Diese haben sich vielmehr ab 1. Dezember 1930 noch um 15 Pf. pro Tag erhöht, so daß der Durchschnittstariflohn jetzt 6,40 M. beträgt, und 6,85 M. in der Spitze.

Leider war es nicht möglich, die bestehende Mehrarbeit in der letzten Bewegung zu befestigen, diese ist vielmehr durch verbindlichen Schiedsspruch bis 31. August 1931 verlängert. Durch zahlreiche Stilllegungen und Entlassungen im Braunkohlen- und Steinsalzbergbau hat sich die Gesamtbeschäftigtenziffer um mehr als 1000 verringert. Die Belegschaftsziffer der Braunkohlenbetriebe Helmstedts war im Januar 1930: 3531 Mann, sie betrug im Dezember 1930 nur noch 2699 Beschäftigte. Im Steinsalzbergbau Januar 1930: 679 und im Dezember 1930: 512 Beschäftigte. Trotz des starken Rückganges der Belegschaftsziffer hat die Organisation im Bezirk noch einen Fortschritt zu verzeichnen. Der Lokalbezirk Helmstedt zählte im Durchschnitt 1929: 1865 Mitglieder, 1930 beträgt der Jahresdurchschnitt 2010 Mitglieder. Zu Punkt 2 der Tagesordnung: Stellungnahme zu den Betriebsratswahlen, referierte Kamerad Kuschke über die besondere Bedeutung der Betriebsratswahlen im März 1931. Nachdem unter Punkt „Beschließenes“ noch einige Organisationsfragen Erledigung fanden, schloß Kamerad Kuschke die Konferenz mit einem Appell an die Funktionäre, auch in diesem Jahre aufklärend unter den Mitgliedern zu wirken, so daß Anwürfe auf den Verband erfolgreich abgewehrt werden können und die Mitglieder vor Verschlechterung ihrer Arbeits- und Lohnverhältnisse in dieser schweren Zeit bewahrt bleiben.

Geschäftsstelle Illingen.

Die Jahreskonferenz der Geschäftsstelle Illingen (Saar) fand am 8. Februar in Dirmingen statt. Kamerad Bernarding erstattete den Jahresbericht. Trotz der Spaltungsarbeit der kommunistischen Partei und des Belegschaftsabbruchs ist der Bezirk vorwärtsgekommen. Wir haben im Berichtsjahr 2862 Beitragsmarken mehr abgesetzt als im Jahre 1929. Auch ist die Beitragszahlung im Berichtsjahr besser geworden. Im Jahre 1929 hatten wir 1361 Marken zu 5,50 Fr. umgesetzt und im Jahre 1930 waren es 9874. Die innere Verwaltungsarbeit auf den Büros unserer Organisationen erhöht sich von Jahr zu Jahr. Das ergibt sich aus der vielseitigen Aufgabe unseres Verbandes in sozialpolitischer und arbeitsrechtlicher Beziehung. An 121 Sprechtagen betrug die Zahl der AuskunftsSuchenden 2650. Die Auskünfte bezogen sich auf Organisations- und Arbeitsrecht, Privatrecht, Knappschafftsangelegenheiten, Invaliden-, Witwen- und Hinterbliebenenrente, Unfallversicherung und sonstige Angelegenheiten. Im kommenden Jahre werden wir noch manches zu überwinden haben. Wir werden aber vorwärtskommen, wenn alle Funktionäre ihre Pflicht erfüllen.

Nach dem Geschäftsbericht wurden die Wahlen der Delegierten zur Revierkonferenz getätigt. Hierfür nahm Kamerad Mann das Wort zu seinem Vortrag über „Arbeitsrecht und Rechtschutzpraxis“. In zweistündigen Ausführungen behandelte er die Entwicklung des Arbeitsrechts und zeigte an Hand von praktischen Beispielen, wie vielgestaltig und wie schwierig die Rechtschutzfrage unseres Verbandes ist. Nicht nur die besondere Aufmerksamkeit, sondern auch der starke Beifall, den Kamerad Mann am Schluß seines Referates erntete, zeigten, wie interessant solche Vorträge für unsere Funktionäre sind. Nachfolgende Entschlüsse wurden einstimmig angenommen:

Die in Dirmingen im Lokal Heinz-John tagende Jahreskonferenz des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands, Bezirk Illingen (Saar), nimmt mit Entrüstung Kenntnis von dem Vorhaben der französischen Saargrubenverwaltung, ab 1. März d. J. den Lohn der Saarbergarbeiter um 8 Prozent zu kürzen. Die Saarbergarbeiter haben durch die vielen Feiertagsarbeiten einen derart starken Lohnverlust, daß sie keinen weiteren Lohnverlust tragen kann, wenn die persönliche und familiäre Existenz des Bergarbeiters erhalten bleiben soll. Die Konferenz erwartet vom französischen Minister für öffentliche Arbeiten, den berechtigten Wünschen der Saarbergarbeiter stattzugeben. Eine Lohnverminderung in der geplanten Höhe lehnt die Konferenz ganz entschieden ab. Sollte eine wesentliche Minderung sich bei den Verhandlungen in Paris nicht ergeben, dann empfiehlt die Konferenz der Bezirksleitung, jedes Verhandlungsergebnis abzulehnen. Die Konferenz ist nicht gewillt, die Kosten der gegenwärtigen Kohlenkrise allein auf die Bergarbeiter abwälzen zu lassen und empfiehlt der statutarisch zuständigen Revierkonferenz, das letzte gewerkschaftliche Mittel notwendigenfalls anzuwenden, um die von der Bergwerksdirektion beabsichtigte Lohnminderung abzuwehren. Die Konferenz ruft alle Saarbergarbeiter auf, sich reslos hinter den Verband der Bergbauindustriearbeiter zu stellen, um der kommenden Dinge gewachsen zu sein.

Die in Dirmingen im Lokal Heinz-John tagende Jahreskonferenz des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands, Bezirk Illingen (Saar), nimmt mit Entrüstung Kenntnis von dem Vorhaben der Reichsregierung, die Saargängerunterstützung ab 1. April 1931 einzuschränken. Die Konferenz erwartet, daß die Saargängerbürsorge für die Saarbergarbeiter nicht geschmälert wird, die ohnedies durch die vielen Feiertagsarbeiten in ihrem Einkommen erheblich geschädigt sind. Die Konferenz erwartet von der Reichsregierung, daß, solange die politischen Verhältnisse sich nicht ändern, auch keine Minderung in der Saargängerbürsorge eintritt.

Aus dem Bezirk Herborn.

Ein unmöglicher Schiedsspruch.

Für den Schieferbergbau in Caub kündigten die Unternehmer den Lohntarif zum 15. Februar d. J. Die Bergarbeiterorganisationen kündigten den Mantelvertrag und das Nebenarbeitszeitabkommen. Da eine Einigung über den Abschluß neuer Verträge nicht zu erzielen war, wurde der Schlichtungsausschuß in Wiesbaden angerufen. Am 11. Februar wurde unter Vorsitz des Schlichters Dr. Neuendorf nach langwierigen Verhandlungen ein Schiedsspruch gefällt, der ab 1. Februar einen Lohnabbau von 9 Prozent und ab 1. April bis 30. Juni 1931 einen Lohnabbau von 10 Prozent vorsieht. Der Schiedsspruch, der die Wünsche der Arbeitgeber fast reslos erfüllt, wurde mit den Stimmen der Arbeitgeberbeisitzer gefällt. Die Forderung der Bergarbeiterorganisationen auf Verkürzung der Arbeitszeit blieb unberücksichtigt.

Demnach bleibt es bei der bisherigen neunstündigen Arbeits- bzw. zehnstündigen Schichtzeit. Der bisherige Lohn betrug für Bedingearbeiter in der Spitze 6,50 M. (Alforddurchschnittslohn) und 6,30 M. Schichtlohn für Handwerker.

In den Verhandlungen wurde geltend gemacht, daß im Schieferbergbau eine erhebliche Steigerung der Leistungen (bis zu 100 Prozent) gegenüber der Vorkriegszeit nachzuweisen sei. Auch wurde nachgewiesen, daß die Schieferpreise etwa 50 bis 60 Prozent über den Vorkriegspreisen liegen. Wenn der Schieferbergbau zur Zeit darniederliegt, dann liegen die Ursachen dafür erstens darin, daß auch der Schieferbergbau von der allgemeinen Wirtschaftskrise erfaßt wurde, zweitens an der veränderten Bauweise (Flachdränger) und andere Bedingungsarten, die das Schieferdach zurückdrängen und drittens an der vom Schieferkontor betriebenen verkehrten Syndikatspolitik, die nicht zum allergeringsten zu dieser Krise beigetragen hat. Zu der Syndikatspolitik des Schieferkontors behalten wir uns vor, später eingehend Stellung zu nehmen, denn wir können nicht zugeben, daß offensichtliche Sünden der Unternehmervertreter ohne Widerspruch reslos auf die Arbeiter abgewälzt werden.

In den Verhandlungen war noch von Interesse, zu hören, daß die Grube Rhein aus der Tarifgemeinschaft für den Cauber Schieferbergbau austreten werde, wenn eine Verkürzung der Arbeitszeit eintritt. Die Grube Rhein, die bei allen passenden und unpassenden Gelegenheiten schwarz-weiß-rote Fahnen hisst, hat sich zur Aufgabe gemacht, Nazi-Sozial in Reinkultur zu züchten. Hafentreu und Stahelhelm ist dort jetzt Trumpf, und deshalb glaubt man, jetzt schon das „Dritte Reich“ anbrechen zu sehen. (Ueber die Werbemethode ein andermal.) Im „Dritten Reich“ soll anscheinend die zehnstündige Schichtzeit für die Bergarbeiter als Normallohn gelten, eine verlockende Aussicht für die Bergarbeiter!

Aus dem Ruhrgebiet.

Mordhege.

Im letzten Lohnstreik hat die kommunistische Partei versucht, mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln die Bergarbeiter für ihren unsinnigen Streikputsch zu gewinnen. Daß ihre Anhänger hierbei vor Mitteln der Gewalttätigkeit nicht zurückschreckten, ist bekannt, besonders vielen unserer Funktionäre, die mißhandelt, beschimpft und verleumdet wurden. Es ist weiter bekannt, daß einzelne Wohnungen unserer Funktionäre besonders gekennzeichnet wurden in der Hoffnung, daß letztere und ihre Familien mißhandelt und zumindest beschimpft würden. Daß selbst Aufforderungen zur vollständigen Vernichtung der Funktionäre herausgegeben wurden, dürfte nicht bekannt sein. Die folgende Photographie eines diesbezüglichen Anschlages aber belehrt uns eines anderen.

Vernichtet die Streikbrecher, Die hier Namhaft gemacht sind Verräter im Kampf der Bergarbeiter, spricht mit Ihnen proletarisch.

A. Schmidt, Birkenhain
 Jordan, Linden 101
 Künzels, Linden 14
 Hartung, Linden 84
 Mama, Kastanien
 Spornel, Krämergasse
 Baromski, am Stamm
 Poppat, Altkloster
 Lind, Fleming, im Ruff.
 Birschmann August Fyssh.
 Zimle Paul
 August Lambert
 Simon Fehneppel
 Gerhard Blomberg am Stamm
 Krüser
 Bornemann Altkloster im Bili T. NB

Wo sitzen die Demagogen?

Die „Deutsche Bergwerks-Zeitung“ (Nr. 40 vom 17. Februar 1931) bringt einen Artikel: „Die Auswirkung des Vorkriegsbeschlusses im Ruhrbergbau.“ Sie führt zuerst eine ganze Reihe von Ruhrzügen auf, die Anträge gestellt hätten zu neuen Arbeiterentlassungen, woran sie die Bemerkung knüpft:

„Da sich die Gewerkschaft Friedrich der Große in Herne i. W. und andere Gesellschaften des Ruhrbergbaues zu Maßnahmen gleicher Art (Entlassungen) genötigt sehen, muß damit gerechnet werden, daß sich, falls keine durchgreifende Beilegung des Unfalls, die aber kaum zu erwarten ist, eintritt, die Belegschaft des Ruhrbergbaues bis zum 1. April um etwa 5000 bis 10 000 Mann vermindert. Diese Entwicklung kennzeichnet unzweifelhaft die Gesamtsituation. Und trotzdem begründeten gelegentlich der letzten Lohnverhandlungen die Gewerkschaften die Zurückziehung ihres auf einem vierprozentigen Lohnabbau lautenden Angebotes damit, die Lage der Zechen habe sich in der Zwischenzeit so gebessert, daß die Kohlenpreiserhöhung auch ohne Lohnabbau tragbar sei. Man sieht wieder einmal, was von den Argumenten der Gewerkschaften zu halten ist. Demagogie beherrscht nach wie vor die Geister...“

Wir möchten hierzu nur kurz erwidern, daß die „Deutsche Bergwerks-Zeitung“ die Situation völlig verkehrt zeichnet. Es ist heute auch dem letzten vernünftigen Menschen schon klar geworden, daß die Einschränkung des ganzen Wirtschaftssapparates und die damit verbundene Entlassung und steigende Arbeitslosigkeit nur eine Folge des sinkenden Warenabzuges ist, und dieser wiederum zurückzuführen ist auf das ständige Absinken der Kaufkraft. Es müßte also vernünftigerweise alles daran gesetzt werden, einmal das weitere Absinken der Kaufkraft zu verhindern und, soweit es irgend möglich ist, dieselbe zu heben.

Hier gibt es aber nur zwei Wege: Lohnerhöhung oder Preisabbau bei gleichbleibenden Löhnen. Einen dieser Wege zu gehen, müßte den Unternehmern auch dann als selbstverständlich erscheinen, wenn ihnen vorübergehend weniger hohe oder vielleicht gar keine Profite entstehen. Die Gewerkschaften hatten bei der letzten Lohnverhandlung den Beweis erbracht, daß zur Zeit einen dieser beiden Wege zu gehen, zumindest unter den von uns hier bezeichneten Bedingungen, d. h. ohne daß die Zechenbesitzer einen Verlust hätten erleiden müssen, letzteren möglich gewesen wäre. Und gerade, weil die Unternehmer es nicht vermochten, die Beweislührung der Gewerkschaften während der Verhandlungen zu entkräften, deshalb haben die Gewerkschaften ihr anfängliches Einverständnis mit einem vierprozentigen Lohnabbau wieder zurückgezogen. Von Demagogie zu reden als Erklärung für diese Handlungsweise, ist deshalb ein sehr starkes Stück. Man könnte eher von einer Demagogie der Unternehmer reden, die der Beweislührung der Gewerkschaften während den Verhandlungen nichts Stichhaltiges entgegenzusetzen vermochten, aber nach außen mit leeren Phrasen das Lied von ihrer großen Not singen.

Betriebsratswahlen und Nazis.

Ein Mitglied schreibt:

Nur einige Wochen trennen uns von den Betriebsratswahlen. Und wie alljährlich, so haben auch in diesem Jahre die Arbeiter der Fabriken und Zechen darüber zu entscheiden, welchen Kameraden sie aus ihrer Mitte die hohe verantwortungsvolle Funktion für die kommende schwere Zeit übertragen wollen. Wenn schon immer diese Wahl für die Belegschaft eine Gewissensfrage war, so in der Gegenwart und für die Zukunft ganz besonders. Denn die Rücksichtslosigkeit und Brutalität der Unternehmer gegenüber der Arbeiterschaft nehmen von Stunde zu Stunde zu und kennen keine Grenzen. Das Arbeitstempo ist ständig im Steigen begriffen. Es ist ein Wühlen, Schuften, Jaggen, wie es in keiner Zeitepoche zu verzeichnen war. Wer heute fleißig war, gilt morgen als faul. Die Verhältnisse spielen keine Rolle. Rechtfertigungen werden mit Drohungen, Bestrafung, Kündigung und Entlassung beantwortet. Viele schweigen, weil sie nicht gern den Arbeitsplatz verlieren wollen. Verdienstmöglichkeit besteht kaum noch. Wagenleistung und Meterzahl sind so gering, daß sie bei der höchsten Hingabe von Kraft und Intelligenz einfach nicht zu erreichen sind. So ist der Lohn stets im Schwinden begriffen, aber die betrieblichen Gefahren steigern sich immer fort. So ist kurz geschildert die Situation.

Das Auge des Betriebsrats mag heute noch so wachsam sein, alles wird er nicht bezwingen noch verhindern können, weil die Verhältnisse der Gegenwart stärker sind als das beste Können und Wollen! Und dennoch hängt vieles von den Eigenschaften und Fähigkeiten des Betriebsrats ab. Darum sage ich nochmals: Die Wahl des Betriebsrats ist eine dringende Gewissensfrage für die Belegschaft!

War bis jetzt die Wahl und Auslese bei der Betriebsratswahl groß, so wird sie in diesem Jahre durch die Nazis noch größer. Darum aufgepaßt, Arbeiter! Hier können nur Männer in Frage kommen, die den Beweis und das Zeugnis erbracht haben, ihre ganze Latenzkraft in den Dienst der Belegschaft, unbeschümmert der Schikanen und Unlieblichkeiten seitens der Verwaltung, gestellt zu haben. Denn wer seine Pflicht erfüllt, und sie ist wahrlich keine leichte, der hat sich stets zu vergegenwärtigen, daß er immer mit den Werksautoritäten im Kampf verwickelt ist. Anders ist es bei solchen Betriebsräten, die zu allem Ja und Amen sagen und sich als ein gefügiges Werkzeug der Unternehmer offenbaren.

Das werden ganz bestimmt für die Zukunft die Nazis sein. Denn so wie Adolf Hitler sich mit Vorliebe mit den Unternehmern unterhält und beschäftigt, so wird es sich auch mit den zukünftigen Betriebsräten verhalten. Schon bei der Wahl am 14. September hat es sich auf manchen Werken erwiesen, daß die Nazis die allerliebsten Kinder der Verwaltung waren. Ganz besonders hat sich das auf den Konstantin-Schächten offenbart. So wurden sie vor und in der Wahlschlacht in jeder Weise von der Verwaltung auf das Wohlwollendste unterstützt. Wochenlang war den Hauptnazimachern das Recht seitens der Verwaltung eingeräumt, nur Morgenschicht zu verfahren, damit sie Gelegenheit hatten, in den Versammlungen ihr Indignergerüll in die Welt zu posaunen. Die Verwaltungsgebäude waren zu gleicher Zeit Aufbewahrungsräume für ihre Propagandaschriften, wie Zeitungen, Flugblätter, Aufklebezettel usw. Ihre Frechheit und Dreistigkeit ging sogar so weit, daß sie die Wände der geheiligten Hallen mit ihrem Propagandaadren bedeckten. Wehe, wenn sich ein anderer dazu verfeilt hätte! Dem hätte es bestimmt Kopf und Kragen gekostet. Durch Vorfälligwerden des Betriebsrats bei der Verwaltung wurde die Geschichte wohl für einen Tag unterbunden, aber am folgenden Tag ging es lustig weiter.

Wie Augenzeugen berichten, sollen sie mehrmals mit Werksautos in Versammlungen befördert worden sein. In den Betrieben können sie schalten und walten wie sie wollen. Ihre Anpöbeleien gegenüber Andersgesinnten kennt keine Grenzen. Beweinungen, Beschuldigungen und Schmähungen sind bei den Jungens des dritten Reiches feil wie Brombeeren. Dieses alles ist der Verwaltung wohl bekannt, aber Verrückungen zu treffen hält sie nicht für notwendig. Man kann es verstehen, weil die

Aus dem Bezirk Aachen.

Grubenunglück auf Schweller Reserve.

Am Sonnabend, dem 21. Februar, gegen 7 Uhr morgens, ereignete sich auf der Steinkohlenzeche Schweller Reserve (bei Schweller) im Aachener Steinkohlenrevier eine Grubenexplosion. Bei Redaktionschluss waren 14 Tote und 4 Schwerverletzte als geborgen gemeldet, 13 Arbeiter waren noch vermisst. Die Explosion ereignete sich im Revier 12 der dritten Bauabteilung, Flöz Bornegel. Vermutlich handelt es sich um eine Schlagweiligerexplosion, was geschlußfolgert werden kann aus den Verbrennungen und dem Zustand der Verletzten.

Nazipolitik voll und ganz ihrer Bestimmung entspricht. Wie sagte doch einmal ein Werksprominent: „Es wird eine Zeit kommen, wo wir nationalsozialistische Betriebsräte haben, die werden die Belange (Gewinnquote) des Werkes besser vertreten wie Hyl!“ So die Tatsache. Ich glaube, daß es jedem genügen wird, den richtigen Schluß daraus zu ziehen, denn es kann kein Zweifel darüber mehr herrschen, daß die Nazis die Steigbügelhalter und Stiefelhalter der Reaktion sind.

Aus dem Saargebiet.

Die Revierkonferenz zu dem Lohnverhandlungsergebnis.

Zu dem Pariser Verhandlungsergebnis nahm die zuständige Revierkonferenz Stellung, nachdem der Bezirksleiter, Kamerad Schwarz, berichtet hatte. Die Willensmeinung der Konferenz äußert sich in nachstehenden Entschlüssen:

I. Die am 15. Februar 1931 im Arbeiterwohlfahrtsheim in Saarbrücken tagende Revierkonferenz des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands, Bezirk Saarbrücken, erhebt gegen den Lohnabbau von 6,5 Prozent den schärfsten Protest. Neben den Feierschichten und sonstigen Maßnahmen der Grubenverwaltung muß sich ein Abbau der Löhne auf die Lebensverhältnisse der Bergarbeiter sowie deren Arbeitskraft verheerend auswirken. Die Verantwortung für die Menschen und Wirtschaftsschädigungen der Feierschichten und Lohnabbaumaßnahmen lehnt die Konferenz ab. Die Konferenz bedauert, daß der französische Minister für öffentliche Arbeiten den berechtigten Forderungen der Vertreter der Bergarbeiter nicht gefolgt ist und erwartet, daß die Zusage des Ministers und der Generaldirektion, alles versuchen zu wollen, die Feierschichten einzuschränken bzw. zu befeitigen, Erfolg zeitigen wird. Die Konferenz ist sich der schweren Wirtschaftskrise bewußt, unter welcher besonders die Industriearbeiterschaft leidet. Ein tarifloser Zustand würde in diesen Zeiten für die Bergarbeiter weitere unabsehbare Nachteile zur Folge haben. Die Bezirksleitung wird beauftragt, bei der Saarregierung die Herabsetzung der Preise und sonstige Maßnahmen zur Erhaltung der Kaufkraft der Bergarbeiter zu verlangen. Die Konferenz, als Vertreterin der im Verband der Bergbauindustriearbeiter organisierten mehr als 20 000 Saarbergarbeiter, läßt sich in ihren Entscheidungen, unter Würdigung der realen Wirklichkeit, von der Sorge um das Wohl aller Mitglieder leiten und erachtet alle Kameraden, nur den Beschlüssen der Revierkonferenz in ihrem eigenen Interesse Folge zu leisten. (Angenommen mit 140 gegen 10 Stimmen.)

II. Die heute im Arbeiterwohlfahrtsheim in Saarbrücken tagende Revierkonferenz des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands weist ganz entschieden die RPD, als Vertreterin der Arbeiterschaft zurück. Leuten, die durch ihre Phrasen nichts bieten als nur Uneinigkeit in die Arbeiterschaft hineinzutragen, kann nicht die Berechtigung, als Vertreterin der Bergarbeiter aufzutreten, zuerkannt werden. Nach den bisherigen Vorkommnissen besteht der bestimmte Verdacht, daß sie auch von der französischen Grubenverwaltung beauftragt sind, die Einigkeit der Bergarbeiter zu zerstören. Eine „Organisation“, die Streikbrecher, Späher der Grubenverwaltung, Saarbündler und Charakterlumpen als Agitatoren bestellt hat, übt Verrat an der Saarbergarbeiterchaft. Die freigeorganisierte Arbeiterschaft sagt heute der RPD, den schärfsten Kampf an. Die Funktionäre geloben, dem alten Verband die Treue zu bewahren und sich dafür einzusetzen, alle Bergarbeiter dem wahren Vertreter der Saarbergarbeiterchaft, dem Bergbauindustriearbeiterverband, zuzuführen, um so dem Unternehmertum eine geeinte und kampfkraftige Arbeiterschaft entgegenzustellen. (Angenommen mit allen gegen 7 Stimmen.)

Die neuen Löhne.

Gruppe	Lohn ab 1. März				Lohn ab 1. Mai			
	Grundlohn	Multiplikator	Gesamtlohn	Abbau pro Schicht	Grundlohn	Multiplikator	Gesamtlohn	Abbau pro Schicht
Sauer	30,—	1,33	39,90	1,50	30,—	1,29	38,70	1,20
Mindestlohn	28,—	1,33	37,24	1,39	28,—	1,29	36,12	1,12
Schichtlohn unter Tage								
I	28,—	1,33	37,24	1,39	28,—	1,29	36,12	1,12
II	26,50	1,33	35,21	1,38	26,50	1,29	34,18	1,06
III	25,—	1,33	33,25	1,25	25,—	1,29	32,25	1,—
Schichtlohn über Tage								
I	26,50	1,33	35,21	1,33	26,50	1,29	34,18	1,06
II	25,—	1,33	33,25	1,25	25,—	1,29	32,25	1,—
III	24,30	1,33	32,31	1,22	24,30	1,29	31,34	0,97
Sandwerker über Tage								
Mindesthandwerkerlohn mit Alters- und Funktionszulage	29,80	1,33	39,63	1,49	29,80	1,29	38,44	1,19
Sandwerker unter Tage								
Mindestlohn mit Alters- und Funktionszulage	31,80	1,33	41,62	1,52	31,80	1,29	40,37	1,25
Löhne der Jugendlichen								
14—15 J. 2/30 Gruppe 3			11,17	0,43			10,83	0,84
15—16 J. 3/30 Gruppe 3			14,36	0,64			13,93	0,57
Zulagen zu den einzelnen Gruppen								
Kategorie	Fr.	Multiplikator	Zulage	Multiplikator	Zulage	Multiplikator	Zulage	Multiplikator
I	keine Zulage							
II	0,80—0,60	1,33	0,40—0,80		1,29	0,38—0,76		
III	0,70—1,—	1,33	0,93—1,33		1,29	0,90—1,29		
IV	1,10—1,40	1,33	1,46—1,86		1,29	1,42—1,80		

(Für die Kameraden im Reichsgebiet sei vermerkt, daß 6 Fr. ungefähr 1 Mark gleichstehen.)

Das bedeutet also, daß diese verantwortungslosen Gesellen nicht zurückschrecken vor Mord und Totschlag, denn anderes hat dieser Anschlag doch nichts sagen wollen. Es ist bedauerlich, daß innerhalb der Arbeiterschaft ein derartiger Zerpflikerungskampf getrieben wird, man muß annehmen, daß diese Leute, die derartige machen, Provokateure und Beauftragte des Kapitals sind. Ja, man kann feststellen, daß in sehr vielen Fällen diejenigen, die in der Vorkriegszeit, in den Jahren 1905 und 1912 Streikbrecherdienste geleistet haben, jetzt nach dem Ruhrputsch die Verbandsmitglieder und Funktionäre, die die Disziplin bewahrt haben, als Streikbrecher beschimpfen.

Die kommunistische Partei und der neue „Einheitsverband“ können auf diese Funktionäre wirklich stolz sein! Aber die Arbeiterschaft, und vor allen Dingen die organisierte, wird ersehen, daß diese asiatischen Methoden, wie sie vielleicht in Rußland beliebt sind, für die deutsche Arbeiterschaft unangebracht sind. Die Antwort, die einem solchen Anschlag, wie der hier abgebildete, gebührt, muß sein, daß die Bergarbeiter sich verachtend von solchen Methoden abwenden.

Gebt ihnen die richtige Antwort! Wählt bei der kommenden Betriebsratswahl nur die Kandidaten des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands!

Bestrafter kommunistischer Verleumder.

Am 28. Januar fällte das Schöffengericht in Essen in der Privatklagesache Großkreuz gegen Worgul ein Urteil, wonach der Angeklagte Worgul wegen Beleidigung und Verleumdung zu 30 M. Geldstrafe oder 6 Tagen Gefängnis und zur Tragung der gesamten Kosten verurteilt worden ist.

Der Kommunist Worgul hatte im „Ruhr-Echo“ vom 3. Oktober 1930 den Kameraden Großkreuz als sozialfaschistischen Denunzianten und Verräter bezeichnet. Großkreuz sollte angeblich der Verwaltung Material geliefert haben, damit diese die Möglichkeit hatte, Worgul seines Amtes als Betriebsrat zu entheben.

Der Beweis für diese schmutzigen Verleumdungen konnte von Worgul nicht erbracht werden, so daß das Gericht zu einer Verurteilung des Worgul kommen mußte.

Worgul war der Vorsitzende der Streikleitung im letzten Streikputsch und Vorstandsmitglied des neuen Einheitsverbandes, also ein „Führer“, wie ihn die RPD braucht. Auch er geht von dem Grundsatz aus: „Verleumde nur tüchtig, es bleibt schon was hängen!“

UNSERE TOTEN

Zahlstelle Altdorf. Durch Unglücksfall verloren wir unseren Kameraden Johann Siebel, der immer ein treuer Mitkämpfer war. Wir werden seiner immer ehrend gedenken!

Zahlstelle Ehesten. Im Januar verschied unser Kamerad Hermann Nischitz an Staublungenkrankung. Er war stets ein guter Mitstreiter, dessen wir immer gedenken werden!

Zahlstelle Gieseler. Im Januar verschied unser Kamerad Hermann Nischitz an Staublungenkrankung. Er war stets ein guter Mitstreiter, dessen wir immer gedenken werden!

Auszahlung von Unterstiftungen. Duisburg-Beek. Sämtliche Unterstiftungen an Kranke, Erwerbslose usw. werden nur noch in der Wohnung des Kameraden Bröger, im Eggenkamp 60, ausbezahlt...

Bibliothek. Die Bibliothek der freien Gewerkschaften befindet sich jetzt bei dem Kameraden August Wintekamp, Belsenkamp-Kolonie, H-Strasse 10 b.

Kranzspende. Duisburg-Neuentkamp. Laut Beschluß der letzten Zahlstellenversammlung wird bis auf weiteres monatlich eine Kranzspende markte gefleht...

Vormholz. Für den Monat Februar ist eine Kranzspende markte zu 20 Pf. zu flehen.

Schluß des redaktionellen Teils.

Es macht was aus, wenn man beim Schuheinkauf gleich ein paar Mark sparen kann. Und das geht! Lassen Sie sich einmal den illustrierten Gratiskatalog der Deutsch-Amerikanischen Schuhgesellschaft in München, K 54, Rosenstraße 11, zufinden...

Verbandsnachrichten

Bücherrevision. Datteln. Vom 1. bis 15. März Bücher bereit halten.

Die Hilfe gegen Gicht und Rheumatismus

Sie wissen kein sicheres Mittel gegen diese Plagegeister? Einreibungen, Wadungen, Bäder, Salben usw. lindern meistens nur für einige Zeit die Schmerzen...

Ihre Tabletten eine ganz bedeutende Besserung. Habe ich einen festen gesunden Schlaf, was vorher infolge der Glieder- und Rückenbeschwerden ganz unmöglich war.

Tabletten verdienen den besten Ruf, und werde ich nicht verfehlen, jedem Leidenden diese auf beste zu empfehlen.

harsaure Salze und diese müssen heraus, sonst nützt alles Einreiben und Warmhalten nichts. Zur Befreiung der Harnsäure dient das Gichtolint.

Unter Tage ist ein guter Begleiter der wüchtige und billige GEG Kautabak aus reinem Kentucky mit feinsten Zutaten aus dem Konsumverein

Seit 75 Jahren Konkurrenzlos m. Garantiechein f. 2 Jahre Gute Zeitenuhr nur M. 2,80

PREISABBAU - Neue Gänsefedern Vollständig kostenlos erhalten Sie unseren Schuh...

50000 neue Musikinstrumente würden allein seit 1924 von uns zur Zufriedenheit beliefert 20000 Dankschreiben rühmen die Qualität...

Freie Behandlung gegen Rheumatismus! Wir senden jedem Leidenden, der uns Namen und Adresse angibt, kostenfrei ein äußerlich anzuwendendes Heilmittel im Werte von RM. 5.— Tausende...

Vorsicht ist besser... Sichelbes Bienen-Honig getaut, rein, süß, schmeckend, was die Bienen ertragen...

Stoffe für Herren- und Damenbekleidung, stets das Neueste in prachtvoll. Auswahl. Durch direkten Bezug grosse Ersparnisse...

10 Rosen 4 Mark! in den edelsten Sorten und Farben zur kräftigen Pflanzen 10 Buschrosen in 10 Sorten M. 4.—

Sichere Existenz und ein Monatslohn von mindestens 200 Mark durch Anschaffung der neuartigen Universal-Schnellstrickmaschine "REKORD"

Seit 3 Jahren litt ich an rasch fortschreitender Tuberkulose Nachdem ich wieder kernesund bin, 60 Pfund zugenommen habe...

Tuche ab Stoffe Herren- ab Stoffe Damen- ab Stoffe Verlangen Sie Fabrik Schumann & Assmy

Unsere Buchhandlung liefert zum Organisationspreis für unsere Mitglieder wichtige Bücher: Bürgerliches Gesetzbuch, Textausgabe 3,25